



Sachsen-Anhalt e.V.

Dr. Klaus-Dieter Sprössel

„Kommunale Zustände und Entwicklungen im Spiegel von Wahlen“
– dargestellt an den Kommunalwahlen 1999 –

Studie und Problemdarstellung

„kommunalpolitisches forum Sachsen-Anhalt e.V.“

Herausgegeben vom "kommunalpolitischen forum" Sachsen-Anhalt e.V.,
Gerhart-Hauptmann-Straße 18, 39108 Magdeburg
V.i.S.d.P.: Gerald Grünert
Gesamtherstellung: Druckerei des Landtages Sachsen-Anhalt
1. Auflage 1999, 500 Exemplare

Inhalt

Vorbemerkungen	4
Projekteinführung	7
	11
Teil 1	
Darstellung der Wahlbeteiligung im Zusammenhang mit den Zuständen der Kommunen	
Problemfelder	13
Kommunale Situationen im Spiegel der Kommunalwahlen Sachsen-Anhalt 1999	14
Die Nordregion Sachsen-Anhalts im Spiegel der Kommunalwahlen	16
Demonstrationsbeispiel Kommunalwahlen Landkreis Stendal	21
	25
Teil 2	
Zu den Einflussfaktoren auf das Wahlverhalten	
Faktorenaufstellungen und Analyse	27
Wie sind die Aussagen zu bewerten?	28
Anlagen	30
Anhang	51
Nachweis der hauptsächlichen Quellen	62

Vorbemerkungen

Mit der vorliegenden (12.) Studie wird das 1997 begonnene Projekt „Kommunale Selbstverwaltung im Prozess der Verödung der Gesellschaft“ abgeschlossen. Diese Studien sind als Grundlagen zur Darstellung von kommunalen Zuständen erarbeitet worden. In diesem Sinne sind sie eine kommunaltheoretische Orientierung und dienen in erster Linie der Erarbeitung von Materialien zum kommunalpraktischen Handeln.

Ziel war es aber auch, erhaltungswürdige Aspekte der kommunalen Historie, einschließlich der der ehemaligen DDR, aufzuschreiben, um sie einer notwendigen Auswertung zuzuführen und an bekannte und erkannte Allgemeingültigkeiten zu erinnern, die sich an der kommunalen Gegenwart der kapitalistischen Gesellschaft nachweisen lassen.

Um dem daraus resultierenden theoretischen Anspruch genügen zu können und auch den Übergang zu kommunalpraktischem Handeln zu erleichtern, musste ein Begriffsapparat erarbeitet werden, mit dessen Hilfe sich die kommunalen Zustände und Entwicklungsbedingungen einleuchtender erklären lassen. Dieses war bislang erheblich erschwert, weil der politologische Begriffsapparat inzwischen überholt ist und die neuen Zustände, wie sie nach dem Wegfall der Systemkonkurrenz (1989 die Wende) oft nur unscharf definieren lässt.

Die Studie „Kommunale Zustände und Entwicklungen im Spiegel von Wahlen“ bildet dazu den günstigen Übergang. Warum?

Die repräsentative Demokratie lebt dadurch, dass ihre politischen Objekte in einer entscheidenden demokratischen Aktivität, nämlich den Wahlen, zu politischen Subjekten werden und bestimmen, wer sie regieren soll. So jedenfalls ist die Grundaussage über die Demokratiedoktrin der kapitalistischen Gesellschaft. Deren entscheidende Aussage über den Wert der Wahlen zu den öffentlichen Vertretungsorganen – Bundestag, Landtag, Kreistag, örtlichen Räte – ist die, dass es sich bei den Wahlen um die oberste politische Willensbekundung eines politischen Souveräns handelt, was die Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger an der Machtausübung angeht. Sie ist darum Basis für eine Bewertung der gesellschaftsgestaltenden Bedeutung der Bürgerinnen und Bürger und deren realen Mitwirkungschancen.

Wie verhält es sich tatsächlich mit der Doktrin, ein politischer Souverän in Gestalt der Wählerinnen und Wähler, entscheidet unabhängig über die politische Machtausübung oder gar über politische Machtverhältnisse?

Gegen die Bürgerinnen und Bürger der neuen Bundesländer wird im Zusammenhang mit ihrem Wahlverhalten ständig der Versuch unternommen, ihnen politische Unmündigkeit und starke Defizite im Demokratieverständnis zu bescheinigen. Einflussreiche Vertreter der bürgerlichen Politologie, die allesamt aus den alten Bundesländern auf die Lehrstühle und in die politischen Fakultäten der Universitäten

und Fachhochschulen gehoben worden sind, also alle einer einheitlichen Denk- und Blickrichtung angehören, unternehmen den krampfhaften Versuch, aus ihrer Position heraus das Phänomen der „politischen Inkompetenz“, wie sie es jedesmal aus dem Wahlverhalten der Menschen in den neuen Bundesländern konstatieren, zu ergründen und zu erklären.

Ist es überhaupt noch möglich, anhand der von der kapitalistischen Entwicklung der bürgerlichen Politologie und Soziologie diktierten Denkhaltung das Wahlverhalten und ein diesem adäquaten Demokratieverständnis ein solches „Phänomen der politischen Inkompetenz“ der Bürgerinnen und Bürger der neuen Bundesländer zu konstatieren, und dabei noch den Boden wissenschaftlicher Seriosität zu behaupten?

Die Wahlbeteiligung, eigentlich als Gradmesser für politisches Verantwortungs- bewusstsein und demokratisches Engagement gehandelt, ist im permanenten Abwärtstrend begriffen. Daran ändert auch eine Wahlbeteiligung von über 60 % bei den jüngsten Wahlen zum Berliner Senat nichts, sondern sie bestätigt diese Tendenz. Sie ging von 68,6 % (1994) auf 66,4 % (1999) zurück.

Es ist das Phänomen zu beobachten, dass mit Abnahme der zu wählenden Ebene auch die Wahlbeteiligung abnimmt. Diese negative Entwicklung verläuft in den neuen Bundesländern gegenwärtig noch weitaus schneller, als in den alten Bundesländern. Auch hierfür wird den Bürgerinnen und Bürgern in den neuen Bundesländern mangelnde Kompetenz im Umgang mit den Instrumentarien demokratischer Mitwirkung angelastet. Diese Problematik bündelt eine Fülle entscheidender Fragen, die die Politiksticht und das Politikverständnis behandeln.

Ist die rapide sinkende Wahlbeteiligung der Menschen in den neuen Bundesländern tatsächlich nur politische Inkompetenz oder im Gegenteil eine größere Einsicht in die Möglichkeiten zur Teilnahme an gesellschaftlicher Entwicklung? Ist es nur Politikverdrossenheit oder gar schon Systemverdrossenheit? ¹

Die Wahlen, egal zu welcher Ebene, lassen einen Differenzierungs- und Polarisierungsprozess der gesellschaftlichen Interessen und Interessenvertretungen erkennen, welcher mit kulminierender Geschwindigkeitsentwicklung abläuft. Dieser Prozess verläuft zunehmend schneller in den neuen Bundesländern als in den alten Bundesländern ab.

Es erscheint für diese Entwicklung signifikant, dass schon nach wenigen Monaten das politische Stimmungspendel, dessen Amplitude sich der anwachsenden Geschwindigkeit der Entwicklungen angemessen, immer mehr verkürzt, sich voll gegen die regierende SPD - Bündnis90/Die Grünen richtet, deren Politik hochgradig in Frage stellt und der CDU höchste Kompetenz zu bescheinigen scheint, die ihrerseits die bestehende prekäre Situation aber verschuldet hat.

¹ Siehe dazu weiterführend: Sprössel „Zu den Motivationen und zur emotionalen Situation der Mitwirkung der Bürger bei der Gestaltung...“ Quellennachweis a.a.O. Seite 62 ff.

Die Polarisierung liegt augenscheinlich zwischen der konservativen Politikauffassung (CDU-CSU) und der sozialistischen Alternative (PDS) und schaltet dabei, auf lange Sicht gesehen, offensichtlich alle dazwischen agierenden politischen Organisationen aus.²

Aus welchen realen Grundlagen heraus lässt sich die in Berlin offensichtlich zwischen dem Ostteil und dem Westteil bestehende diametrale politische Kompetenzzuweisung erklären? Welchen allgemeingültigen Wert besitzt solch diametrales Politikverständnis? Oder ist es am Ende gar kein solches?

Auf den beiden kommunalen Ebenen – Gemeinde und Kreise – offenbaren die Kommunalwahlen einen beträchtlichen Schwund an Interesse und Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die politischen Verhältnisse.

Die kommunalpolitische Arbeit hat, nicht nur bedingt durch zentral und auf Landesebene gesetzte Sachzwänge, an Attraktivität und Motivation zum politischen Engagement wesentlich abgenommen.³ Auch diese bedenkliche Tendenz verläuft gegenwärtig in den neuen Bundesländern noch erheblich schneller als in den alten Bundesländern. Die Zusammensetzungen der gewählten Vertretungen muten wie „Pachtdomänen“ an.

Welches sind die Faktoren, die das sich negativ entwickelnde Wahlverhalten besonders auf den kommunalen Ebenen, also den unmittelbaren Lebensbereichen der Menschen, bestimmen?

Ziel dieser Studie Nr. 12 im Projekt „Kommunale Selbstverwaltung im Prozess der Verödung der Gesellschaft“ besteht darin, die Vielzahl der verschiedenartigen Ergebnisse einmal dahingehend zu überprüfen, ob sie durch die Wahlen reflektiert werden. Dabei wird von folgender Grundthese ausgegangen:

Die Wahlen haben den postulierten demokratischen Stellenwert nie erreicht, der ihnen beigemessen werden sollte. Sie sind aber wesentlicher Gradmesser für den Zustand einer Gesellschaft.

Unter einem solchen Aspekt gibt die Analyse des Zustandekommens ihrer Ergebnisse allerdings gewichtige Aufschlüsse für die Formulierung und für die Gestaltungsräume kommunalpolitischer Zielstellungen und Entwicklungslinien.

Projekteinführung

² Wenn Gregor Gisy für Berlin konstatiert, dass es offensichtlich nur zwei Alternativen gäbe, CDU und PDS, dann trifft das für diese Polarisierung prinzipiell zu.

³ Siehe dazu besonders die Studien 10, 11, 12, a.a.O.

Zielstellung

Die Zielstellung besteht darin, zu untersuchen, ob die mit den Wahlen im Zusammenhang zu beobachtenden Erscheinungen – Wählerverhalten, Wählerwanderungen, Wahlergebnisse usw. – kommunale Zustände widerspiegeln bzw. über diese Auskunft geben und somit verwertbare Grundlagen für Entscheidungen geben können.

Es soll untersucht werden, ob sich durch die Kommunalwahlen, an Beispielen der Nordregion Sachsen-Anhalts die in den vorangegangenen Studien ermittelten Erscheinungsbilder, Entwicklungstendenzen, kommunalen Zustände auch durch die Wahlen – Wählerverhalten, Wahlbeteiligung, usw. – sichtbar gemacht werden können.

Territoriale Probandenstruktur

Vier Gruppen nach Einwohnerzahlen

1. Gruppe Kommunen bis 1 000 Einwohner
2. Gruppe von 1 000 Einwohner bis 2 000 Einwohner
3. Gruppe von 2 000 Einwohner bis 6 000 Einwohner
4. Gruppe von 6 000 Einwohner bis 20 000 Einwohner
5. Die Kreisstadt Stendal mit 40 000 Einwohner

Probanden

1. Kommunen bis 1 000 Einwohner mit „dörflichem“ Charakter
2. Gruppe: Arneburg, Seehausen, Werben, Mieste,
3. Arendsee, Barby, Bismark, Calbe, Egel, Gardelegen, Genthin, Gommern, Gröningen, Güsten, Havelberg, Jerichow, Kalbe, Kleinwanzleben, Klötze, Loburg, Möckern, Osterburg, Oebisfelde, Seehausen/Altmark, Seehausen/Börde, Tangerhütte, Tangermünde, Wanzleben, Wolmirstedt
4. Goldbeck, Klietz, Parey, Schönhausen Beetzendorf, Mieste, Pretzier, Letzlingen, Sandau, Güsen, Möser, Gerwisch, Colbitz, Zielitz, Calvörde, Hohenerxleben, Rogätz,
5. 96 ausgewählte Kommunen unter 600 Einwohner, darunter 71 unter 300 Einwohner
6. 24 ausgewählte Verwaltungsgemeinschaften
7. Als Demonstrationsbeispiel der Landkreis Stendal, weil in ihm 1999 zwei Kommunalwahlen in kurzem Abstand (Februar Landratswahlen, im Juni die ordentlichen Kommunalwahlen) stattgefunden haben.

Personelle Probandengruppen

Bürger und Bürgerinnen als Wähler oder Nichtwähler,
 Mitglieder von Wahlvorständen,
 Mitglieder von kommunalen Räten,
 Bürgermeister,
 Mitarbeiter von öffentlichen Verwaltungen,
 Klientelundifferenzierte Personengruppen.

Probandenfestlegung

- Klientelundifferenziert zur Ermittlung von Allgemeinzuständen
- Klienteldifferenziert: Mitglieder von kommunalen Räten und Bürgermeister

Größe des Areals

Sachsen-Anhalt, Übersicht,
 Nordregion Sachsen-Anhalts mit den Landkreisen SDL, SAW, JL, OK
 Ausgewählte Befragung von Bürgern im gesamten Landesbereich Sachsen-Anhalts
 (klientelundifferenziert)

Untersuchungskomplexe

Diese wurden anhand der bisher vom Autor im Rahmen des Projektes „Kommunale Selbstverwaltung im Prozess der Verödung der Gesellschaft“ erarbeiteten und durch das "kommunalpolitische forum" S-A veröffentlichten 11 Studien⁴ festgelegt und an entsprechenden Stellen mit Verweisen auf diese behandelt. Die Abarbeitung erfolgt auf den Bezug zu

- Wahlbeteiligung
- Wählerverhalten

Kernfrage: „Welche Ursachen haben Wahlbeteiligung und Wählerverhalten in den Kommunen?“

In dem Zusammenhang scheint es notwendig, auf die begriffliche Anwendung von „Wahlbeteiligung“ und „Wählerverhalten“ einzugehen, von denen in folgendem ausgegangen wird

Wahlbeteiligung ist das rechtlich geregelte Verhältnis von Wählern zu möglichen (registrierten) Wahlberechtigten.

Wahlverhalten ist die Stimmabgabe auf eine oder mehrere der zur Wahl zugelassenen Organisationen, Gruppierungen oder Einzelpersonen bzw. auf einzelne Kandidaten von zur Wahl zugelassenen Organisationen, Gruppierungen oder einzelnen Kandidaten.

Bewertungskriterien

⁴ Auflistung siehe Quellennachweis am Schluss dieser Arbeit

Als Bewertungskriterien werden Sozialität, Kollegialität, Komplexität und Funktionalität, Attraktivität und Vitalität untersucht. Zu diesen werden Effizienz- und Kompetenzbetrachtungen angestellt und gewertet. Zum Begriffsverständnis wird auf folgende Definitionen gefußt⁵:

Kollegialität

Unter Kollegialität wird als qualitativer Zustand das Klima und die politische Kultur verstanden, die im Umgang der verschiedenen und verschiedenartigsten Mandatsträger bzw. zwischen den Mandatsträgern und dem Bürgermeister als Funktions- oder Amtsträger bestimmen. Gradmesser ist der Wille, an einem gemeinsamen Entscheidungsprozess teilzunehmen.

Solidarität

Unter Solidarität werden die Beziehungen zwischen den Mandatsträgern untereinander und zwischen den Mandatsträgern und dem Bürgermeister verstanden. Der Gradmesser ist das Einstehen der in ihren Ansichten und Haltungen am weitesten voneinander entfernten Mandatsträger. (Die Grenze liegt dort, wo rechtsextreme Mandatsträger mit demokratisch und politisch nicht vertretbaren Haltungen versuchen, auf das Ratsklima bewusst Einfluss zu nehmen.)

Attraktivität

Unter Attraktivität im materialistischen Sinne werden alle visuell und emotional erfassbaren territorialen Gegebenheiten verstanden, die durch Impulse bewusstseinsgestaltend auf den Menschen einwirken und diesen zu subjektiv geprägten Urteilen, Ansichten, Einstellungen und Handlungen befähigen und bewegen. Das sind insbesondere:

Vitalität

Unter Vitalität ist in der geisteswissenschaftlichen Terminologie materialistischer Positionsbestimmung die Gesamtheit und die Intensität der Bewegungen menschlichen Handelns als sozial, wirtschaftlich, geistig und politisch wahrnehmbare Äußerung zu verstehen.

Funktionalität

Funktionalität beinhaltet alle notwendigen und real möglichen Beziehungen, die die Menschen zielorientiert untereinander oder mit Organisationsformen eingehen müssen oder können, um einer Zweckbestimmung zu genügen, der sie folgen müssen oder wollen.

Komplexität

Komplexität im materialistischen Sinne ist der räumliche Ausprägungsgrad der Verhältnisse und Beziehungen zwischen Gegebenheiten, bezogen auf eine konkrete Bezugsbasis in einem festgelegten Zeitraum.

⁵ Hierzu weitere Erläuterungen unter „Begriffsbestimmungen ...“ a.a.O.

Sozialität

Nach materialistischem Sozialverständnis ist Sozialität die Gesamtsituation aller sozialen Beziehungen, wie sie aus dem Arbeiten, dem Wohnen, dem Gemeinschaftsleben, der Kommunikation gestaltet werden. Somit ist Sozialität auch Gradmesser für den Zusammenhalt menschlicher Gemeinschaften bis hin zur Gesamtgesellschaft.

Die Sozialität hat bei der Bestimmung der Lebensqualität primäre Bedeutung.⁶

Untersuchungszeitraum

Oktober 1996 bis Oktober 1998, Juli 1999 bis Oktober 1999

Untersuchungsmethoden

- Auswertung der Wahlstatistiken und der Kommentare von Neues Deutschland, Altmark-Zeitung, Volksstimme,
- Fragebögen 1996: 120, 1998: 120, Ergänzungen 1999: 170
- Fragespiegel 1999, wurde im Juli/August an 170 mögliche Probanden, klienteldifferenziert nach Mitglieder von kommunalen Räten ausgereicht. Im Rückfluss kamen 167 zur Auswertung.
- Interviews: 61 Einzelprobanden, 3 Stadtratsfraktionen der PDS,
- Problemdiskussionen: 7 mit parteigemischten Gruppen, Teilnehmerzahl 53

Generell verwendete Bewertungskriterienskala

1 nicht einmal Grundstandard, völlig negativ 2 negativ 3 völlig mangelhaft 4 mangelhaft 5 Grundstandard, erträglich

1 ohne ----- 3 kaum ----- 5 schwach

6 genügend 7 hoffnungsvoll 8 gut 9 sehr gut 10 -12 Höchststandard
spürbar ----- gut ----- völlig

Frequenzbewertung: I = ohne --- II-III-IV mittel, V = mittelstark, VI---VII = stark
Vitalität: M = monoton, A = ausgeglichen, L = Lebhaft

In die Bewertung wurden einbezogen

Die Ergebnisse der vorangehenden, vom Autor verfassten, im "kommunalpolitisches forum" Magdeburg vorliegenden Studien und Problem Darstellungen.

Quotientenbildung

⁶ Weitere Ausführungen zur Sozialität unter dem Abschnitt „Begriffsbestimmungen...a.a.O.“

Quotienten werden als Durchschnitt gebildet aus einer Bewertung der direkt ermittelten Faktoren, die zu einer Grundaussage (Ausgangsgröße, das kann ein Basisjahr oder eine andere Bezugsgröße z.B. messbare Mengen, Veränderungen, usw. sein) in Beziehung gesetzt werden.

Untersuchungsfestlegungen

Die ermittelten Werte aus den benannten Wahlen werden in erster Linie anhand der in den vorangegangenen Studie dargestellten Ergebnisse bewertet. Aus diesem Grunde erfolgt stets der Hinweis auf die entsprechenden Ergebnisse in den Studien 1 bis 11, insoweit diese Ergebnisse noch den aktuellen Bezug vermitteln. (Das ist in 90 Prozent der Ergebnisse der Fall.)

Teil 1

Darstellung der Wahlbeteiligung im Zusammenhang mit den Zuständen der Kommunen

Lässt die Wahlbeteiligung Schlüsse auf die Zustände der Kommunen zu? Solche Zustände betreffen:

- Wohnumfeld,
- Arbeitsmöglichkeiten
- der Zugriff auf Versorgungseinrichtungen
- die Kinderbetreuung
- Erlebnisbereiche der Freizeit und kulturellen Betätigung
- Einrichtungen der gesundheitlichen und sozialen Betreuung
- Altersspezifische Einrichtungen (z.B. für die Rentner)
- Verkehrsmäßige Erreichbarkeit
- Technische Voraussetzungen für Kommunikationsmöglichkeiten
- Gemeinschaftssinn und Solidarität
- Ehrlichkeit und das Bedürfnis nach unmittelbarer Kommunikation
- Persönliche Sicherheit
- Subjektive Einschätzung von Empfindungen zu den kommunalen Gegebenheiten (Sauberkeit, Ordnung usw.)
- Politischer Einfluss – und Mitwirkungs- und Gestaltungsmöglichkeiten⁷

Zur Situation und tendenziellen Entwicklung - Kommunalwahlen betreffend

⁷ Das sind neben den Wahlen besonders die Bürgerinitiativen. Siehe dazu :Sprössel „Zum Einfluss von Bürgerbewegungen auf die Entscheidungs-, Handlungs- und Gestaltungsräume der Kommunen“ a.a.O. und Anlage 8

Die Kommunalwahlen offenbaren den allgemeinen Trend, in dem sich die Politikverdrossenheit innerhalb von nur zehn Jahren zu einem bedrückenden Phänomen auswachsen konnte, welches die negative Situation der „Verödung“ im politischen Zustand unseres Gemeinwesens beherrscht. Nahezu alle positiven Aspekte der politischen Identifikation mit den bestehenden Verhältnissen gingen in den neuen Bundesländern von 90 % (1990) auf unter 50 % (1999) zurück. In den alten Bundesländern ist dieser Rückgang wesentlich geringer und langsamer verlaufen. Er lässt sich mit 95 % (1990) zu 80 % (1999) anhand der Wahlkriterien nachweisen. (Die Wahlbeteiligung ging durchschnittlich um 5 % bis 7 % zurück.)

Die Gründe für die politische Identitätskrise in den neuen Bundesländern, aber auch in den alten Bundesländern im Anstieg begriffen, lassen sich nicht schlechthin auf einzelne Fakten, Bereiche und Beziehungen zurückführen. Es wäre zu einfach und der Situation nicht angemessen, wollte man die Politikverdrossenheit z.B. nur oder überwiegend auf die im Sockel ständig ansteigende Arbeitslosigkeit zurückführen, wenngleich diese eine Hauptursache ist.

Auffällig ist der Amplitudenausschlag zwischen Zustimmung und Ablehnung von Wahlversprechen, wie sie vor den Wahlen von den machtbeanspruchenden Parteien CDU und SPD programmatisch abgegeben werden. Lag der „Pendelausschlag in der Stimmung und „Wählergunst“ vor 1980 noch bei zwei Jahren, war dieser Ausschlag 1990 noch einmal für die CDU auf dem Höchststand und dauerte im wesentlichen vier Jahre, (Messpunkt Bundestagswahlen, Kommunalwahlen). Von 1994 bis September 1990 sank dieser Wert für den „Stimmungsumschwung“ auf > 1,7 Jahre und hat nach den Bundestagswahlen 1998 einen Tiefstwert von nicht einmal mehr von 0,4 erreicht. (Die SPD/Grüne-Koalition hatte bereits nach vier Monaten einen Negativpunkt von -14 % gegenüber dem Wahlergebnis 1998 erreicht.)

Noch problematischer allerdings entwickelte sich die Wahlbeteiligung in den neuen Bundesländern. Sie ging von 89 % (1990) auf 66 % (1994) zurück und sank bis 1999 auf eine Marke von unter 50 % (Durchschnitt aller Landtags- und Kommunalwahlen).

Es stellt sich bei der Bewertung der Wahlen allgemein und der Kommunalwahlen insbesondere die Frage, ob das Erscheinungsbild schlechthin nur eine profane Politikverdrossenheit reflektiert oder ob es sich dabei schon um ein gerüttelt Maß an Systemverdrossenheit⁸ handelt, die die traditionellen Strukturen kapitalistischer Machtausübung auf den Prüfstand stellt und dringende Reformen im politischen System⁹ anmahnt.

⁸ Siehe zu Politikverdrossenheit und Systemverdrossenheit Sprössel „Zu den Motivationen...“ a.a.O. Seite 62 ff.

⁹ Im Marxistischen Sinne gebraucht, weil kein besserer Terminus im politologischen Gebrauch verfügbar.

Wesentlichen Aufschluss über den Indikatorwert von Wahlen bezüglich der gesellschaftlichen Zustände vermitteln die **Problemfelder**, die die gesellschaftlichen Beziehungen und das Gemeinwesen bestimmen.

Prinzipiell stehen die von den Bürgern als solche empfundenen und so auch bekundeten Problemfelder im engen Zusammenhang mit ihrer Bereitschaft zur Akzeptanz der politischen Bedingungen ihres Lebens, was sie dann auch in ihrer Bereitschaft zur Teilnahme an Wahlen und in ihrem Wahlverhalten ausdrücken.

Dazu folgende aktuelle und auch für die Situation in Sachsen-Anhalt signifikante Darstellung für die Wertung der Problemfelder:

Darstellung Problemfeldplatzierungen auf kommunaler Ebene

Problemfeld*	Städtische Kommune**	Landgemeinde >1000
Arbeitslosigkeit, Arbeitsplatzsicherung	1	1
Sicherheit allgemein	2	4
Attraktivität Kommune allgemein****	3	3
Persönliche Beziehungen, soziale Kommunikation	9	5
Verkehrsverhältnisse, Straßen, Parken,	8	9
Gebühren, Abgaben, Beiträge	5	2
Kultur- Erholungsangebote, Freizeit	7	8
Verwaltung, Demokratie	4	10
Ordnung und Sauberkeit	6	6
Zugriff zu öffentlichen Einrichtungen	10	7

* ermittelt im Rahmen der gesamten Studienarbeit, besonders dargestellt in Studie 8 (Motivationen...), 11 (Emotionale Faktoren...)

** Aktualität September 1999

*** Erwartungsgemäß plazierte die überwiegende Mehrzahl der Probanden die Arbeitslosigkeit, das gesamte Erwerbsleben, an die erste Stelle. Unter den Probanden waren etwa 30 % Selbständige, 25 % Jugendliche, 35 % Rentner. Dem gemäß fiel auch die Verschiedenartigkeit des Blickwinkels auf das Problem Erwerbslosigkeit in seiner gesamten Breite aus. Rund zwei Drittel sah die Arbeitslosigkeit nicht als kommunal lösbar an.

**** Siehe dazu Demonstrationsbeispiel Anlage 3

Die Problemfelder wirken emotional und werden durch die Wahlkriterien widergespiegelt

Was die emotionalen Faktoren anbelangt, die sich durch die Wahlkriterien, Wahlbeteiligung, Wählerverhalten nicht unbedingt nachweisen lassen, kann folgende Übersicht die Situation in ihren allgemeinen Grundzügen wiedergeben:¹⁰

Fragen	Pos.	Neutral	Negativ
1. Sind Sie mit den Gegebenheiten in Ihrem Ort einverstanden?	24 %	54 %	22 %
2. Fühlen Sie sich mit ihrem Ort verbunden?	40 %	31 %	29 %
3. Wertung: Hat Ihr Ort seit 1992 an Attraktivität zugenommen?	55 %	15%	20 %
4. Sehen Sie eine berufliche bzw. arbeitsmäßige Perspektive in Ihrem Ort?	18 %	27 %	55 %
5. Beteiligen Sie sich am örtlichen Leben aktiv?	24 %	-	76 %
6. Engagieren Sie sich kommunalpolitisch?	24 %	22 %	54 %
7. Sind Sie in einem Verein?	35 %	-	65 %
8. Wie finden Sie das Klima in Ihrem Wohnumfeld?	29 %	27 %	44 %
9. Sind Sie viel im Ort unterwegs?	51 %	22 %	27 %
10. Würden Sie auch in anderen Orten leben wollen?	47 %	28 %	25 %

Wie zeigen sich die Aussagen im Spiegel der Kommunalwahlen?

Kommunale Situationen im Spiegel der Kommunalwahlen Sachsen-Anhalt 1999

Die Frage nach dem Aussagewert von Wahlen über den Zustand eines Gemeinwesens insgesamt und über das kommunale Gemeinwesen insbesondere ist nicht eindeutig alternativ zu beantworten. Im Gegenteil, die Unsicherheit, wie mit Wahlergebnissen umzugehen ist, wächst von einer Wahl zur anderen. Die Ursachen liegen nicht zuletzt darin begründet, dass die von der bürgerlichen Politologie postulierten klassischen Doktrin, nach denen den Wahlen höchste Priorität in der Verwirklichung der Demokratie zukommt, unter den veränderten Bedingungen des Wegfalls der Systemkonkurrenz an anderen Kriterien gemessen wird, die ihre Wurzeln im gelebten Sozialismus, der Variante sozialistischer Totalitarismus mit starken sozialen Ausrichtungen, haben. Solches schlägt sich in der Bewertung der Wahlen durch die ehemaligen DDR-Bürgerinnen und DDR-Bürger nieder.

¹⁰ Ist relativiert, weil keine repräsentative Probandenzahl ausgewiesen, zeigt aber die Grundsituation mit der vertretbaren Abweichungsbreite von 25 %.

Wie lässt sich das darstellen?

Eine günstige Möglichkeit bietet die Analyse der Wahlbeteiligung besonders an Kommunalwahlen. Dort bündeln sich die Interessenkonflikte am stärksten.

Wahlbeteiligung Kommunalwahlen Sachsen-Anhalt

Landkreis/ Stadtkreis	Wahlbeteiligung 1994 in %	Wahlbeteiligung 1999 in %	Veränderung in %
Magdeburg	63,3	40,9	-22,4
Halle	60,5	44,7	-15,8
Dessau	62,7	44,2	-18,5
AK Salzwedel	70,2	53,8	-16,4
Stendal	67,5	44,7	-22,8
Ohrekreis	75,9	50,5	-25,4
Jerichower Land	72,9	49,6	-23,3
Bördekreis	72,2	52,9	-19,3
Schönebeck	66,4	47,4	-17,3
Halberstadt	68,1	48,9	-19,2
Wernigerode	72,9	53,5	-19,4
Quedlinburg	64,9	51,0	-13,9
Aschersleben- Staßfurt	67,0	48,0	-19,0
Anhalt-Zerbst	70,2	50,9	-19,3
Bernburg	64,2	46,9	-17,3
Köthen	64,5	51,7	-12,8
Bitterfeld	63,1	51,3	-11,8
Wittenberg	72,0	55,3	-16,7
Sangerhausen	69,6	54,9	-16,6
Mansfelder Land	67,7	53,0	-14,7
Saalkreis	72,5	56,4	-16,1
Merseburg- Querfurt	64,9	51,2	-13,7
Weißenfels	64,0	50,9	-13,1
Burgenlandkreis	66,7	53,8	-12,9
Sachsen-Anhalt	66,1	49,5	-16,2
Unter 40 % Abs. Z	0	0	
Unter 50 %	0	10	+10
Unter 60 %	0	14	+14
Über 60 %	24	0	-24
Über 70 %	8	0	-8

Was sagt diese Darstellung der Wahlbeteiligung an den Kommunalwahlen 1994 und 1999 in Sachsen-Anhalt aus?

1. Die Wahlbeteiligung hat in Sachsen-Anhalt innerhalb von nur vier Jahren einen Absturz zu vermeiden. Von den 21 Landkreisen und den 3 kreisfreien Städten Magdeburg, Halle und Dessau ist nicht ein einziger geblieben, der einen zweistelligen Verlust vermeiden konnte.
2. Waren es bei den Kommunalwahlen noch alle 24, die eine Wahlbeteiligung über 60 % vermeiden konnten, blieben sie allesamt bei den Kommunalwahlen unter 60 % und 10 davon sogar unter 50 %. Das ist weit von der in der bürgerlichen Politologie als „normal“ angenommenen Untergrenze von 65 %.
3. Bei der Abnahme der Wahlbeteiligung lässt sich eine Linearität zum absoluten Verlust an Arbeitsplätzen, insbesondere an traditionellen Industriearbeitsplätzen nachweisen, denn in den drei kreisfreien Städten, den Landkreisen der Nord- und Mittelregion waren diese Verluste am größten.
4. Offensichtlich hat der Ersatz der Arbeitsplätze durch die Bereitstellung überdimensionierter Konsumflächen die Wahlverweigerung noch verstärkt. (Halle, Magdeburg, Dessau, Stendal u.a.)
5. Die Strukturschwäche ist allgemein angewachsen. Der Abstand zwischen der strukturschwachen Nordregion und der Südregion hat sich weiter vergrößert. Nördlich einer Linie Halberstadt – Staßfurt – Zerbst haben die strukturellen Verwerfungen auf längere Sicht dazu geführt, dass sich die Lebensqualität kaum verbessern lässt, wenn dort nicht einschneidende Maßnahmen ergriffen werden.¹¹

Die Nordregion Sachsen-Anhalts im Spiegel der Kommunalwahlen

Einordnung der Nordregion Sachsen-Anhalts bezogen auf das Land S-A

Zur Besiedlung der Nordregion Sachsen-Anhalts

Die Nordregion Sachsen-Anhalts gehört zu den dünn besiedelten Regionen nicht nur des Landes, sondern des gesamten Bundesgebietes. Bis auf wenige, allerdings für die Charakterisierung der Nordregion mit starkem Einfluss und unverwechselbarem Ambiente ausgestattete urbane Räume¹², liegt die Besiedlung bei 50 Einwohner/Quadratkilometer.

¹¹ Siehe u.a. dazu die Studien 1, 5, 6, 7.

¹² Es sind dies in erster Linie die urbanen Räume Stendal - Tangermünde, Salzwedel, Havelberg - Jerichow – Genthin.

Es kann grundsätzlich gegenwärtig noch davon ausgegangen werden, dass bis auf die durch die Kreisstädte gestellten urbanen Zentren die Einwohnerzahlen¹³ etwa der tatsächlichen Bevölkerungsstärke¹⁴ entsprechen.

Die Nordregion Sachsen-Anhalts stellt den Übergang zu den ähnlich strukturierten angrenzenden Regionen Brandenburgs und daran anschließend Mecklenburg-Vorpommerns dar. Die natürlichen Gemeinsamkeiten einer Tiefebene teilt sie mit den benannten und Niedersachsen ebenso wie historisch gewachsene Gemeinsamkeiten und die Grundprobleme der Wirtschaftsstruktur. (Was Niedersachsen anbelangt, da hatten die Kommunen des ehemaligen „Zonenrandgebietes“ ähnliche Startbedingungen, wie die in den benannten neuen Bundesländern.)

Die Nordregion Sachsen-Anhalts wird im wesentlichen gebildet durch die Kreise Jerichower Land (Kreisstadt Burg), Ohrekreis (Kreisstadt Haldensleben), Altmarkkreis (Kreisstadt Salzwedel), Landkreis Stendal (Kreisstadt Stendal).

Folgende Übersicht zeigt die Einordnung der Nordregion in das Land Sachsen-Anhalt

Angaben	Einwohner Land	Einwohner Nordregion	Kommunen Land	Kommunen Nordregion
Absolut	2 731 463	461 683	1 299	437
in Prozent	100	27,3	100	33,5

Aufgliederung der Kommunen nach Größengruppen und nach Anteilen

Ges.	bis 100	bis 200	bis 500	bis 1 000	bis 3 000	bis 5 000	Bis 10 000	bis 20 000	über 20 000
437	3	45	200	120	55	4	4	4	2
in %	0,7	10,3	45,7	27,5	12,6	0,9	0,9	0,9	0,45

Die Anteile der benannten Landkreise an der Nordregion in der Übersicht

Landkreis	Einwohner	Fläche
Altmarkkreis Salzwedel	105 541	2293
Landkreis Stendal	148 312	2423
Ohrekreis	106 651	1493
Kreis Jerichower Land	101 179	1336
gesamt	461 638	7540

Der Anteil der Kommunen zwischen 1 000 Einwohner und 20 000 Einwohner nach Gruppen:

Gruppe I = 1 000 bis 5 000 Einwohner, Gruppe II = 5 000 bis 10 000 Einwohner, Gruppe III = 10 000 bis 20 000 Einwohner, Gruppe IV = über 20 000 Einwohner

¹³ Einwohnerzahl ist die Zahl der in den Gemeinden lebenden, öffentlich verwaltungsmäßig in den Einwohnerkarteien registrierten Bewohner. Siehe weiterführend im Anhang „Begriffsbestimmungen“.

¹⁴ Bevölkerungsstärke ist die Masse der Menschen, die in einem Territorium leben, ob als Einwohner registriert oder nicht. Siehe dazu weitere Ausführungen im Anhang a.a.O.

Landkreis	gesamt	Anteil	I	II	III	IV
Altmarkkreis Salzwedel	129	13	10	1	1	1
Landkreis Stendal	145	17	12	4	0	1
Ohrekreis	90	25	22	1	1	1
Kreis Jerichower Land	74	12	09	1	1	1
gesamt	437	67	53	7	3	4

Anteile bezogen auf Tabelle 1 (Tabelle 4)

Landkreis	absolut	gesamt	I	II	III	IV
Altmarkkreis Salzwedel	13	61531	18898	6278	15195	21159
Landkreis Stendal	17	99530	14654	22540	10442	43659
Ohrekreis	25	72498	30899	7280	12021	22298
Kreis Jerichower Land	12	72049	24432	6397	15273	25947
gesamt	67	305608	88883	42495	52931	113058
in %	16	66= 100 % davon	29	14	17	37

Zur Darstellung der einzelnen Landkreise der Nordregion Sachsen-Anhalts

Landkreis Stendal

Die durchschnittliche Bevölkerungsdichte liegt zwischen 50 und 70 Einwohnern pro Quadratkilometer. Die Einwohnerbilanz wird maßgeblich durch den urbanen Siedlungsraum Stendal - Tangermünde - Tangerhütte mit Zentrum Stendal in ihrer Stabilität beeinflusst. In diesem urbanen Raum liegt die Einwohnerdichte über 200 Einwohner pro Quadratkilometer. Wenn auch stark abgeschwächt zu dem benannten Raum, aber immer noch über den Durchschnittswert liegt die Besiedlungsdichte in den urbanen Räumen der ehemaligen Kreisstädte Osterburg und Havelberg mit Werten zwischen 60 bis 90 Einwohnern pro Quadratkilometer. Weit unter 50 Einwohner leben in den nördlichen und nordwestlichen Randgebieten des Landkreises, Grenze zum Wendland und zur Wische. Zentraler Punkt dieser Besiedlung ist die Kleinstadt Seehausen, die wie später noch nachzuweisen sein wird, allerdings keinen ausgesprochenen Urbanisierungssog auf dieses Gebiet ausüben kann.

Altmarkkreis Salzwedel

Die dünnste Besiedlung der Nordregion Sachsen-Anhalts hat der Altmarkkreis Salzwedel aufzuweisen. Sie liegt im Durchschnitt unter 50 Einwohner pro Quadratkilometer. Drei urbane Siedlungsgebiete heben sich ab.

Der urbane Siedlungsraum Salzwedel - Pretzier - Berge mit Zentrum Salzwedel weist einen Besiedlungsquotienten über 200 Einwohner pro Quadratkilometer aus. Die urbanen Siedlungsräume Gardelegen - Jävenitz - Mieste und Klötze - Kunrau - Beetzendorf sind mit Einwohnerquotienten zwischen 50 und 80 Einwohnern pro

Quadratkilometer ausgewiesen. In beiden wird das Zentrum durch ehemalige Kreisstädte, Gardelegen und Klötze, gebildet.

Landkreis Jerichower Land

Der Landkreis Jerichower Land hat einen durchschnittlichen Einwohnerquotienten zwischen 50 und 90 Einwohnern pro Quadratkilometer. Seine höhere Bevölkerungsdichte, gemessen an den beiden Altmarkkreisen ist in erster Linie darauf zurückzuführen, daß dieser Kreis wesentlich günstigere Besiedlungsfaktoren anbietet. Einerseits ist es die territoriale Grenze zu Magdeburg und besonders zu deren wirtschaftlicher Peripherie im Norden. Andererseits sind mit den Städten Burg und Genthin traditionell gewachsene Siedlungszentren gegeben, in denen der Zusammenbruch der Industrie nach der Wende substantiell, nicht was die Bereitstellung von Arbeitsplätzen anbelangt, mehr erhalten blieb, bzw. es konnten Kompensationslösungen zur Wirkung gebracht werden, die bislang in den Altmarkkreisen noch nicht zum Tragen gekommen sind.

Ein begünstigender Fakt dürfte in der leistungsstarken Verkehrsanbindung durch die Autobahn Berlin - Hannover auf einer Zugriffslänge von rund 40 Kilometern und durch die Bundesstraße 1 Magdeburg - Berlin, ebenfalls in einer Länge von rund 40 Kilometern, zu suchen sein.

Die territoriale Struktur der Besiedlung drückt die benannten Aspekte deutlich aus. So wird ein urbanes Kerngebiet um die Kreisstadt Burg mit einer Bevölkerungsdichte von über 200 Einwohnern pro Quadratkilometer positiv in der Bevölkerungsentwicklung wirksam.

Ein weiteres urbanes Besiedlungszentrum ist in und um Genthin, ebenfalls eine ehemalige Kreisstadt, erkennbar. Dort liegt die Besiedlungsdichte bei durchschnittlich 170 Einwohnern pro Quadratkilometer.

Die Hauptsiedlungsräume erstrecken sich an einer Entwicklungsachse Magdeburg - Burg - Möckern als Südwesttangente, weitergeführt von Burg nach Genthin, mit einer Abschwächung fortgesetzt Genthin - Jerichow. Von Jerichow hat sich in der Verlängerung über Tangermünde der Anschluß an den urbanen Raum Stendal manifestiert. Die durchschnittliche Besiedlungsdichte liegt im Bereich der benannten Entwicklungsachsen, die ihrerseits einen dreistrahligen Stern bilden und in der Nordregion Sachsen-Anhalts die Zentren der Landkreise Stendal und Jerichower Land bezüglich der Bevölkerungsentwicklung miteinander verbinden, bei 120 Einwohnern pro Quadratkilometer.

Landkreis Ohrekreis

Von den Landkreisen, die der Nordregion Sachsen-Anhalts zugerechnet werden, weist der Ohrekreis die größte Einwohnerdichte auf. Die Gründe sind in noch verstärktem Maße die gleichen, wie bereits für den Kreis Jerichower Land angeführt.

Der Ohrekreis ist territorial Bestandteil des urbanen Magdeburger Großraumes. Das Siedlungsgebiet Magdeburg - Haldensleben - Wolmirstedt befindet sich im Zustand einer territorialen Verschmelzung mit dem höchsten Angebot an Wirtschaftsträgern

und damit verbunden an Arbeitsplätzen. Alle Bedingungen einer expandierenden Großstadt strahlen nicht nur in den benannten Siedlungsraum hinein, sie bestimmen sogar dessen Entwicklungsrichtung, wie dessen Lebensrhythmus.

Die durchschnittliche Besiedlung liegt im urbanen Raum Magdeburg - Haldensleben - Wolmirstedt bei 180 Einwohnern pro Quadratkilometer.

Auffällig sind aus der Sicht der Territorialstruktur des Ohrekreises zwei urbane Räume mit überregionaler Bedeutung

1. der urbane Raum Haldensleben - Bülstringen - Flechtingen
2. der urbane Raum Wolmirstedt - Zielitz - Colbitz

Zu den benannten wäre noch als drittes bemerkenswertes Siedlungsgebiet Oebisfelde anzuführen.

Generell scheint sich auch an der Nordregion Sachsen-Anhalts zu bestätigen, dass die Masse der Bevölkerung es vorzieht, in Kommunen zu leben, die über eine möglichst weitgehende multivalente Funktionalität¹⁵ verfügen.

Für eine solche Annahme spricht, dass 66 % der Bevölkerung sich auf Kommunen konzentriert, die mehr als 1 000 Einwohner haben. Diese Kommunen nehmen allerdings lediglich 16 % an der kommunalen Gesamtstruktur ein.

Die Masse der Bevölkerung lebt in den Kreisstädten Stendal, Burg, Haldensleben und Salzwedel. Dieser Gruppe folgen die ehemaligen Kreisstädte Wolmirstedt, Gardelegen und Genthin.

Daran schließt sich die Gruppe der Kleinstädte an, die bislang nur den Status einer kreisangehörigen Stadt innehatten und auch zukünftig aus einer solchen Position nicht entlassen werden. (Tangermünde, Tangerhütte, Seehausen, Arendsee, Oebisfelde, Jerichow, Gommern, Möckern aber auch die ehemaligen Kreisstädte Klötze und Havelberg)¹⁶.

In der Nordregion wurden von 1994 bis 1999 kaum 3 000 Arbeitsplätze als Ersatz für die im Zeitraum 1990 bis 1994 beseitigten 12 500 traditionellen industriellen Arbeitsplätze geschaffen. Die Funktionalität, also die Ausstattung mit öffentlichen Einrichtungen ging im Zeitraum 1990 bis 1999 auf einen Wert unter 37 % zurück, bei Kinderbetreuungseinrichtungen sogar unter 30 %. Es wurden zumindest vier traditionelle Krankenhausstandorte mit einem Versorgungsumland von 54 000 Einwohnern aufgegeben, bzw. stehen vor der Aufgabe (stehen faktisch nur noch als Fragmente, ohne entsprechende Versorgungsaufgaben).

¹⁵ Zum Begriff der multivalenten Funktionalität siehe Ausführungen im Anhang „Begriffsbestimmungen ...“

¹⁶ Siehe weiterführend Studie „Zu den Chancen des Regionalismus...“ a.a.O.

Dem entgegen hat sich die Angebotsfläche für Konsumgüter auf 1 200 % erhöht. (von 27 000 Quadratmeter auf rd. 150 000 Quadratmeter)¹⁷.

Das Straßennetz wurde zu 90 % ausgebaut bzw. grunderneuert. 72 % der Wohnsubstanz wurde standardgerecht rekonstruiert und modernisiert. Das Schienennetz ist zu 72 %, was die Nebenstrecken anbelangt, beseitigt bzw. stillgelegt.

Demonstrationsbeispiel Kommunalwahlen Landkreis Stendal

Im Landkreis Stendal fanden 1999 zwei Kommunalwahlen statt:

1. die Wahlen zum Landrat am 31. Januar, die Stichwahlen am 28. Februar
2. die reguläre Kommunalwahl am 13. Juni.

Wahlbeteiligung

Landratswahlen: am 31 Januar 33,3 Prozent
 Stichwahl am 28. Februar 21,7 Prozent
 Extreme Wahlbeteiligungen: Stichwahl Landrat

Kommunen/WL(+)	Wahlbeteiligung in %	Kommunen /WI (-)	Wahlbeteiligung in %
Schelldorf	62,6	SDL Süd	3,6
Jerchel	56,1	SDL Winkelmann	5,8
Grobleben	54,9	SDL Gagarin	7,9
Flessau	52,8	Tgh Kulturraum	11,4
Losse	52,5	Tgm Stöpel	11,6
Beelitz	51,8	Bindfelde	12,3
Einw. ca. 1500		Einw. ca. 32 000	

Anmerkungen: Mehr als 20 000 Einwohner eines Gebietes das 30 000 Einwohner hat, blieben der Stichwahl des Landrates fern.

Hohe Wahlbeteiligungen sind in solchen Wahlen offensichtlich nur noch in kleinen und Kleinstgemeinden zu erwarten, weil die Wahlhandlung dort noch als Pflichttradition aufgefasst wird. Der Ort Beelitz hat 90 Einwohner!

Schwerpunkte sind die städtischen Neubaugebiete aus der DDR-Zeit. In ihnen konzentriert sich offensichtlich das größte soziale Spannungsfeld. Beispiele sind die Wohngebiete Stendal-Stadtsee und Stendal-Südstadt. Dort liegt die unbereinigte Arbeitslosenzahl über 55 % bzw. über 62 %. Die Kriminalitätsrate ist mit 140 % bzw. 250 % über dem Durchschnitt.

Die ehemalige Kommune Bindfelde zeigt auch bei der Stichwahl ihr politisches Unverständnis. Mit 12,3 % dürfte außer dem Wahlvorstand kaum noch jemand an der Wahl teilgenommen haben.

¹⁷ Siehe weiterführend Studien 1, 2, 3, 4, 6

Bemerkung zur Bedeutung von Stichwahlen für den Landrat

Außerordentliche Landratswahlen haben nur einen sehr beschränkten Indikatorwert bezüglich der Einschätzung der kommunalen Situation. Es ist zu verzeichnen, dass ca. 80 % der Einwohner so gut wie keine Vorstellungen vom Amt des Landrates haben und mit dessen Tätigkeit nichts anfangen können. Darin liegt auch eine Hauptursache für die außerordentlich geringe Wahlbeteiligung. Die prinzipielle Frage steht bezüglich der Rekrutierung des Landrates überhaupt.

Extreme Werte im Landkreis Stendal zur Beteiligung an Kommunalwahlen

Einwohnerstärke ca. 3 400

Kommunen Extrem positiv	Wahlbeteiligung in % Kommunalwahlen 1999	Wahlbeteiligung in % Landrat 1999	Veränderung
Beelitz	92,7	66,3	26,4
Jerchel	91,8	63,2	28,6
Heiligenfelde	89,6	44,8	44,8
Schelldorf	86,1	65,6	20,5
Kuhlhausen	85,7	52,1	33,6
Baben	83,3	35,1	48,2
Schäplitz	85,1	60,8	24,3
Döbbelin	83,0	63,1	19,9
Möringen	82,8	36,2	46,6
Käthen	82,7	54,2	28,5
Quertstedt	80,9	60,4	20,5
Wollenrade	80,9	62,3	18,6
Storbeck	80,6	38,2	42,4
Demker	79,1	46,1	33,0
Holzhausen	78,6	56,5	22,1
Jarchau	78,5	38,2	40,3
Schönfeld	78,4	57,5	20,9
Sanne	78,3	42,0	36,3

Bemerkungen:

Die extrem hohen Wahlbeteiligungen zur regulären Kommunalwahl lassen auf relativ intakte Gemeinschaften schließen. Diese sind in kleinen Orten noch weitgehend erhalten. Der soziale Zusammenhalt ist weitgehend abhängig von der Größe einer kommunalen Gemeinschaft, solange diese in ihrer ursprünglichen Konstellation erhalten geblieben ist, d.h. soweit es nicht zu große Veränderungen, etwa in der Zusammensetzung der Einwohnerschaft gegeben hat.

Die soziale Stabilität ist abhängig auch von der Belastung einer Kommune oder einer Ortschaft von der Größe des Urbanisierungssoges einer mit multivalenter Funktionalität ausgestatteten Kommune. So ist zu beobachten, dass die kleinen

Kommunen im unmittelbaren Einzugsbereich von Stendal alle zumeist eine überdurchschnittlich gute Beschaffenheit ihrer Wohnsubstanz haben und somit gute Wohnqualität anbieten, aber die Wahlbeteiligung zumeist weit unter Kreisdurchschnitt liegt. Eine Ursache kann darin gesehen werden, dass diese Kommunen von der Zusammensetzung ihrer Einwohnerschaft eine starke Durchmischung erfahren haben, was seinerseits erheblich zum Abbau sozialer Kommunikation führt.¹⁸

Kommunen/Stadtteil Extrem negativ	Wahlbeteiligung in % Kommunalwahlen 1999	Wahlbeteiligung in % Landrat 1999	Veränderung
SDL Astrid Lindgreen 111	15,4	15,6	0,2
SDL dto 110	17,9	15,6	2,3
SDL Sekundarschule	18,8	?	?
SDL Pestalozzi	20,2	15,4	5,8
SDL Komarow	22,1	18,8	3,3
Kamern	23,8	42,3	18,5
Tangermünde Kita M-M	25,5	27,3	1,8
SDL Gagarin	25,6	22,1	3,5
SDL Winkelmann	29,9	22,9	7,0
SDL Grundschule Stadtsee	27,6	26,4	1,2
SDL Bebel	27,8	24,4	3,4

Bemerkungen:

Eigentlich erwartungsgemäß liegt die Wahlbeteiligung in sozialen Spannungsräumen weit unter dem Durchschnitt. Diese These wurde durch die Analyse bestätigt, denn in der Nordregion Sachsen-Anhalts sind die aufgeführten Wohngebiete der Kreisstadt Stendal, Stadtsee und Südstadt, die größten sozialen Konfliktpotentiale der Nordregion Sachsen-Anhalts.

Ein wenig überraschend ist es, dass mit Tangermünde eine der größten und visuell auch attraktivsten Kommunen des Landkreises Stendal einen der spektakulärsten Einbrüche in der Wahlbeteiligung, im Vergleich 1994 zu 1999, zu verzeichnen hat. So lag die Wahlbeteiligung 1994 bei 66,8 Prozent und fiel 1999 auf 33,8 Prozent.¹⁹ Die Gründe liegen offensichtlich in einer extremen Bündelung aller aufgeführten Problemfelder. An der Spitze steht der rigorose Zerfall des Wirtschaftsstandortes. Denn im Verlaufe von nur vier Jahren (1995 zu 1999) wurden in der Stadt 3 500 Arbeitsplätze beseitigt und nicht einmal 720 wieder ersetzt.²⁰

Eine nicht so einfach erklärbare Ausnahme ist Kamern. Die hohe Wahlbeteiligung zu den Landratswahlen liegt offensichtlich in der Sympathiebekundung zu einer Kandidatin begründet. Der Abbruch zur Kommunalwahl stellte dann wohl wieder

¹⁸ Siehe dazu ausführlicher Studien Sprössel 2, 3, 4, 11

¹⁹ Siehe Anlage 5

²⁰ Siehe dazu besonders die Studien 1, 4, 5

die Realität her. Kamern war bis 1989 eine Kommune, die vorrangig vom Tourismus lebte und sein Flair auch danach gestaltete. Nach der Wende ist dieser Wirtschaftszweig dort weitgehend zusammengebrochen.

Resümee zur Wahlbeteiligung bei den Kommunalwahlen 1999 in Sachsen-Anhalt

1. Die Wahlbeteiligung, besonders an Kommunalwahlen, ist bestimmt durch eine Bündelung aller Probleme, die alle Bereiche des staatlich organisierten Gemeinwesens betreffen, die auch in allen Ebenen, Bund, Länder, Landkreise, Kommunen, angesiedelt sind. Die Bewertung der kommunalen Räte und wie die Arbeit von den örtlichen Räten nach dem Verständnis der kommunalen Selbstverwaltung in eigener Regie und Verantwortung gestaltet werden soll, erfolgt hochgradig aus der persönlichen, individuellen und von Emotionen getragenen Sicht des „Wahlvolkes“. Dabei gehen offensichtlich objektive Bewertungsmaßstäbe weitgehend verloren, was z.B. an den Schuldzuweisungen bei den sich auftürmenden negativen Zuständen nachweisen lässt. Es werden nicht oder nur ungenügend die Kompetenzbeurteilungen beachtet. (Fehler der Landesregierung oder Fehlentscheidungen der Kreistage werden ohne kritische Ausleuchtung von vielen Bürgern den örtlichen Räten angelastet, so bei Standortschließungen, die von den örtlichen Räten ohne deren faktische Einflussnahme hingenommen werden müssen aber andererseits die Lebensqualität der Bürger wesentlich benachteiligen. Beispiel Krankenhausschließungen.)²¹
2. Die Entwicklung der Wahlbeteiligung steht auch im Widerspruch zu jüngst veröffentlichten Aussagen über wichtige Fragen der Identifikation der Menschen mit den gesellschaftlichen Verhältnissen.²² So wird die eigene Situation von rund 60 Prozent als gut bezeichnet, den gegenwärtigen Zustand der Demokratie sehen nicht einmal 20 Prozent als positiv an. Rund 60 % wollen aber weder die Verhältnisse der DDR zurück, noch sind sie mit den gegenwärtigen Verhältnissen einverstanden. Solches drückt sich ebenfalls im starken Rückgang der Wahlbeteiligung aus. Diese hat sich, werden die Kommunalwahlen von 1990 noch mit ins Kalkül gezogen, sogar halbiert. Die Fragen die es zu beantworten gilt ist die nach dem Fortgang der Entwicklung. Sollte sie sich in den kommenden Wahlen linear fortsetzen, ist dies ein ernstes Signal zur Reform der bestehenden politischen Strukturen und Wirkmechanismen.²³

²¹ Siehe dazu besonders Sprössel Studien 9, 10

²² Siehe dazu u.a. Altmark-Zeitung vom 3. Nov. 1999, Titel, und vom 9.10.1999

²³ Mit dem Vorbild des Amerikanismus ist diese Gesellschaft auf Dauer nicht länger zu machen, weil der Grad der absoluten! Verelendung global das gesellschaftsbestimmende Maß überschreiten wird. Solches schlägt sich bereits in der relativen Verelendung in den Industrieländern nieder. Solches sagen die Wahlanalysen sehr anmahndend aus.

Teil 2

Zu den Einflussfaktoren auf das Wählerverhalten

These

Es wird eine zunehmende Kritik an der Politik und ein Desinteresse an politischem Engagement bekundet: Politikverdrossenheit

Ausgangspunkt einer solchen Bewertung muss die Bestimmung sein, dass jeder Bürger, der vom Gesetz her das aktive und passive Wahlrecht ausüben darf, potentieller Wähler = Wahlberechtigter ist. Das ist die Bezugsbasis, der sich alle anderen Zahlenangaben unterordnen. Zwei Grundgruppen

- a. die Wähler
- b. die Nichtwähler.

Anders lässt sich ein Wählerverhalten, das auch zu politischen Entscheidungen und Bewertungen herangezogen werden soll, nicht klar bestimmen.

Warum ist das so? Wie lässt sich das darstellen?

Die kommunale Selbstverwaltung ist im Prozess der Verödung der Gesellschaft ebenfalls grundsätzlichen Veränderungen unterworfen, die sich nicht einfach als entwicklungsbedingte Wandlungen oder Anpassungen erklären lassen.

Unter diesem Aspekt ist auch ein stark gewandelter Stellenwert von Wahlen als hauptsächlichster Rekrutierungsakt der kommunalen Selbstverwaltung einzuordnen.

Wie ist das zu verstehen?

Die Verödung einer Gesellschaft vollzieht sich

1. im Widerspruchsgefüge zwischen einem offensichtlich unermesslich anwachsenden Reichtum und einer zunehmenden Massenverarmung,
2. als Verödung des Gemeinschaftssinnes, des sozialen Zusammenhalts,
3. in der geistigen Auseinandersetzung mit den materiellen Lebensbedingungen.

Diese Verödung ist nicht systembedingt, sondern abhängig vom Zustand einer Gesellschaft. Sie wird gemessen am Verhältnis der postulierten Grundwerte und deren tatsächliche Realisierung. Das haben die Untersuchungen der vorliegenden Studien als allgemeine Erkenntnis vermittelt.

Die wohl eindrucksvollste Bestätigung erfuhren diese Erkenntnisse durch die Wahlen, was sich durch die Klärung der Ursachen für Wählerverhalten, insbesondere aber durch die Wahlbeteiligung und deren Zustandekommen darstellen lässt.

Zwei der Hauptsäulen für solche Erklärungen und Darstellungen sind

- der soziale, emotionale Zustand eines Gemeinwesens und seiner Glieder,
- die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und die Verteilung ihrer Resultate auf die einzelnen Bereiche und Glieder der Gesellschaft.

Zwischen den beiden Hauptsäulen besteht bekanntlich das primäre Spannungsfeld, aus dem heraus die positiven und negativen Impulse für gesellschaftliche Entwicklungen entspringen. Sie zu beherrschen, zu regulieren, zu kanalisieren, darin liegt das wichtigste Betätigungsfeld der Politik, da liegt auch das Bewährungsfeld für Demokratie. Solches machen dann die Wahlen sichtbar durch Wählerverhalten, durch Wahlbeteiligung. An diese Zusammenhänge kann nicht oft und eindringlich genug erinnert werden.

Die Wahlen allgemein, und die Kommunalwahlen insbesondere lassen folgende Schlüsse zu

1. Das Wählerverhalten reflektiert die gesellschaftlichen Zustände, deren Erscheinungen sie den einzelnen politisch Handelnden, in der Regel den Parteien, aber auch anderen Interessenverbindungen wie Freien Wählergemeinschaften und Einzelpersonen, positiv oder negativ zuordnet und durch die Wählerentscheidungen ausdrückt.
2. Die Wahlbeteiligung verhält sich direkt proportional der Identifikation mit der Art der Machtausübung.

Wie ist das zu verstehen?

Wie ließ sich das anhand von Beispielen aus Sachsen-Anhalt darstellen und nachweisen?

Ein Wandel in der Bewertung kommunaler Zustände ist in deren Wichtung im Zeitraum 1994 zu 1999 eingetreten.

Darüber kann folgende Gegenüberstellung Aufschluss geben:

Die Übersicht wurde anhand der Aussagen von 100 verwertbaren Angaben aus 1994 und aus Ermittlungen im Zeitraum Mai bis August 1999 in den Kommunen Stendal, Tangermünde, Osterburg, Wolmirstedt, Salzwedel, hergeleitet.

Faktorenauflistung und Analyse

Materielle Faktoren

Die Wichtung erfolgte von 1 bis 8, entsprechend den Sachfeldern

Kommunale Sachfelder	1994	1999
Wohnumfeld	1	2
Arbeitsmöglichkeiten	2	1
Kinderbetreuung	5	7
Erlebnisbereiche Freizeit	4	3
Einrichtungen gesundheitliche, soziale Betreuung	3	4
Altersspezifische Vorhaltungen	8	8
Verkehrsmäßige Erreichbarkeit	7	6
Technische Grundlagen Kommunikation	6	5

Emotionale Faktoren

100 Probanden in 17 Orten Sachsen-Anhalts im Zeitraum Juni – September 1999 befragt. (1994 Gedächtnisprotokolle)

Die Befragung erfolgte nach Bewertungsskala 1-12

Bereiche	1994	1999
Gemeinschaftssinn, Solidarität	8	3
Ehrlichkeit	8	4
Kommunikationsbedürfnis	10	6
Sauberkeit	6	5
Ordnung	6	6
Persönliche Sicherheit	9	4
Ortsverbundenheit	10	9
Traditionsverbundenheit	10	7
Mitwirkungsbereitschaft	8	3

Bezüglich der politischen Situation ergab sich folgendes Bild

Gleiche Probanden-Situation wie voran. Angaben in % auf 100 Probanden

Art	Ja	?	Nein
Vertrauen zur Demokratie	23	16	61
Vertrauen zur Politik allgemein	21	17	62
Vertrauen zu örtlichem Rat	32	31	37
Vertrauen zur Verwaltung	23	06	71
Kritikbereitschaft	41	22	37
Vorschlagsbereitschaft	26	42	32
Mitwirkungsbereitschaft	27	34	39

Wie sind diese Aussagen zu bewerten?

Eine Wahlbeteiligung, die unter 50 Prozent geht, weist auf eine eigentlich schon hochgradige Politikverdrossenheit hin, mit starker Tendenz zur Systemkritik. Sehr bedenklich scheint das politische Desinteresse dann, wenn es tatsächlich um Wahlen geht, mittels derer kommunalpolitische Weichen gestellt werden. Die Ursachen für solche Erscheinungen sind komplexer Natur und lassen sich nicht einem einzigen oder einzelnen Schwerpunkten zuordnen, etwa dem Argument, dass alles politische Interesse und Engagement steht und fällt mit dem Grad der Arbeitslosigkeit im Verhältnis zur Beschäftigung insgesamt.

Grundsätzlich lassen sich aus der Wahlbeteiligung und aus dem Wahlverhalten eine Vielzahl unterschiedlichster Verhaltensweisen und Motivationen erkennen, die auf die Verzahnung aller Ebenen unseres föderalen Systems zurückgeführt werden können. Dieser Nachweis kann aus den jüngsten Bundestagswahlen, den ihnen folgenden Landtagswahlen und daran anschließenden Kommunalwahlen sehr anschaulich erbracht und hergeleitet werden.

Es sind die hinlänglich diskutierten Phänomene: Die SPD/Bündnisgrüne-Koalition kann aus objektiven Zwängen heraus die in sie gesetzten Erwartungshaltungen nicht erfüllen und deren Ursachen kaum einleuchtend und nachvollziehbar erklären. Aus diesem Grunde hat aus zentraler Sicht das Vertrauensverhältnis, wie es durch die jüngsten Kommunalwahlen in Sachsen-Anhalt demonstriert wurde, zu einem erheblichen Einbruch in der Wahlbeteiligung geführt.

Eine Befragung von 112 Probanden = Nichtwähler in den Landkreisen der Nordregion vermittelt dazu mit einer Differenzabweichung von > 15 Prozent zu den Ursachen für Wahlverweigerung folgendes für die Gesamtsituation in Sachsen-Anhalt signifikante Bild: (Angaben in Prozent)

Warum waren Sie nicht wählen ?	Unbedingt	Egal	Nicht
Persönliche Gründe	09	15	79
Keine Lust allgemein	07	54	39
Unzufrieden mit der Regierung	41	45	14
Mit der Landespolitik	07	54	29
Mit dem Landkreis	04	92	04
Mit dem örtlichen Rat	33	58	09

Bemerkungen:

Der Frust polarisiert sich offensichtlich schwerpunktmäßig auf die beiden sich gegenüberliegenden Ebenen zentrale Ebene und kommunale Ebene.

Ein wenig verwunderlich ist die Bewertung der Landesebene. Obwohl sie in den Medien, Zeitungen, Rundfunk, einen sehr hohen Anteil zur Darstellung bekommt

und auch einige sehr einschneidende Gesetze (so das Kitag) für Massenproteste gesorgt haben, geht sie in der Wahlmotivbildung weitgehend unter.

Nicht verwunderlich erscheint die Bedeutungslosigkeit der Landkreisebene. Mit ihr können die Bürgerinnen und Bürger in der Masse kaum etwas anfangen, sie haben zu dieser Ebene kaum einen tragfähigen Bezug.

Resümee

Der Stellenwert der Wahlen als postulierter Akt hoher Demokratie schwindet mit jeder Wahl. Die in den vorangegangenen Studien dargestellten kommunalen Zustände mahnen dringende und tiefgreifende Reformen an. Anders lässt sich auf Dauer der soziale Frieden kaum gegen eine auf Polarisierung ausgerichtete freie (besser ungezügelter) Marktwirtschaft behaupten.

„kommunalpolitisches forum“ Sachsen-Anhalt

Anlagen

Anlage 1

Frage: **Sind Sie mit der Arbeit des Stadtrates/Gemeinderates zufrieden?**

nach Orten absolut/in %

Ort	Probandenzahl	Ja	Im Prinzip	Weiß nicht	Nein
Tangermünde	98	14/14	12/12	43/44	29/30
Stendal	74	12/15	07/09	27/36	28/38
Güsen	12	06/50	01/08	02/16	03/25
Burg	23	08/35	01/04	07/30	07/30
Gommern	15	04/26	02/13	05/33	04/28
Calbe	15	04/26	01/07	07/47	03/20
Schönebeck	38	09/24	07/18	03/08	19/50
Bernburg	23	03/13	10/43	02/09	08/35
Staßfurt	32	11/34	07/22	04/13	10/31
Nienburg	20	06/30	07/35	01/05	06/30
Hohenerxleben	17	04/29	05/29	03/18	05/24
Kroppenstedt	10	03/30	02/20	03/30	02/20
Gröningen	10	02/20	03/30	04/40	01/10
Kleinwanzleben	18	04/22	06/33	04/22	04/22
Güsten	9	02/22	02/22	03/34	02/22
Gardelegen	43	07/16	04/09	17/40	15/35
Salzwedel	51	10/20	09/18	09/18	23/44
Arendsee	31	03/10	07/23	03/13	18/54
Havelberg	50	11/22	12/24	15/30	12/24
Rathenow	24	03/13	10/42	01/04	10/41
Genthin	40	09/23	14/35	05/13	12/29
Jerichow	10	02/20	02/20	02/20	04/40
Gesamt Stadtkommunen	663	137/21	131/20	170/26	225/33
Landgemeinden	218	92/42	53/24	18/08	55/26
Anteilswerte	881	229/26	184/21	188/21	280/32

Einige wertende Bemerkungen zu den Aussagen:

Die Akzeptanz der kommunalen Räte erscheint in den ländlichen Gemeinden bedeutend größer, als in den städtischen Kommunen. Die Positionen „Ja“ und „Im Prinzip“ zusammengenommen vermitteln ein Verhältnis von Städte : Landgemeinden 41:66. Die Ursachen für diese Unterschiede liegen in erster Linie in der Nähe der Räte zu den Bürgern. Damit ist allerdings noch nichts über die qualitative Seite dieses Verhältnisses ausgesagt. In nahezu 60 % der Landgemeinden der Nordregion Sachsen-Anhalts haben die örtlichen Räte weitaus schlechtere Noten als in den städtischen Kommunen. Als Begründung wurde die unmittelbare Spürbarkeit der Ratsarbeit angegeben. (Beschlüsse zu Beitragssatzungen, Intensität des dörflichen Lebens, Verlagerung der Verwaltungsarbeit in die VWGem. „Wozu brauchen wir eigentlich noch einen Rat und einen Bürgermeister?“ ist eine zentrale Fragestellung in den Kommunen unter 300 Einwohner.)

Anlage 2

Fragen: 1 Sind sie Mitglied eines Stadtrates/Gemeinderates?

2 Sind Sie als berufener Bürger Mitglied eines Ausschusses?

3 Würden Sie sich 1999 in den Stadtrat/Gemeinderat wählen lassen?

Darstellung absolut Fragen 1, 2, 3, Frage 3 zusätzlich in %

Ort	Probandenzahl	Frage 1		Frage 2		Frage 3	
		Ja	Nein	Ja	nein	Ja	Nein
Tangermünde	98	04	94	01	97	11=11 %	83=89 %
Stendal	74	00	74	00	74	06=08 %	68=92 %
Güsen	12	00	12	00	12	03	08
Burg	23	00	23	01	22	01=04 %	22=96 %
Gommern	15	01	14	00	15	04	11
Calbe	15	00	15	00	15	02	13
Schönebeck	38	00	38	00	38	07=18 %	31=82 %
Bernburg	23	01	22	00	22	01=04 %	22=96 %
Staßfurt	32	00	32	00	32	04=13 %	28=87 %
Nienburg	20	01	19	00	20	03	17
Hohenerxleben	17	00	17	00	17	00	17
Kroppenstedt	10	00	10	00	10	02	08
Gröningen	10	00	10	00	10	02	08
Kleinwanzleben	18	00	18	01	17	03	15
Güsten	09	00	09	00	09	01	08
Gardelegen	43	02	41	01	42	09=21 %	34=79 %
Salzwedel	51	00	51	02	49	11=22 %	40=78 %
Arendsee	31	00	31	01	30	04=13 %	27=87 %
Havelberg	50	01	49	01	49	07=14 %	43=86 %
Rathenow	24	00	24	00	24	00	24
Genthin	40	00	40	01	39	10=25 %	30=75 %
Jerichow	10	02	08	00	10	02	08
Städt. Komm ges.	663	07=01 %	656	09	654	93=14 %	570=86 %
Landgemeinden	218	37=16 %	181	00	218	59=27 %	159=63 %
Gesamt absolut	881	44	837	09	872	152=17 %	729=83 %
Gesamt in %	100	05	95	01	99	17	83

Anmerkungen:

Die Bereitschaft zur Kandidatur für eine Ratsfunktion ist gegenüber 1994 um 37 % gesunken (Basis 1994=100 %). Bei den verbleibenden 63 % entfallen 55 % auf Wiederkandidaturen 1999. Das heißt rund 12 % Kandidaten könnten neu hinzu gewonnen werden (ermittelt Spalte 2 zu Spalte 6). Bedenklich erscheint, dass mehr als 80 % der Wählerschaft Sachsen-Anhalts offensichtlich nicht gewillt sind, sich für ein öffentliches Ehrenamt zur Verfügung zu stellen (Spalte 7). Diese Tendenz ist auch in anderen neuen Bundesländern nachweisbar. Sie lässt sich nicht zuletzt an solchen Ereignissen, wie Wahlbeteiligungen an außerordentlichen Bürgermeisterwahlen darstellen. (Die Wahlbeteiligung liegt zwischen 33 % und 55 %, mit starker negativer Tendenz zur ersten Größe.) Die Gründe für eine solche Negativentwicklung werden allgemein unter dem Begriff „Politikverdrossenheit“ definiert.

Anlage 3

Demonstrationsbeispiel für Attraktivitätsausweisung von Kommunen in Entwicklungszeiträumen (Arbeitsmethode für Kommunalpolitiker)

Kommunen	Bedeutungs Zuordnung	Attraktivität Wirtschaft	Attraktivität Wohnsiedlung	Attraktivität natürliche und traditionelle Gegebenheiten
Tangermünde	Grundz	8-2	10-1	10-2
Tangerhütte	Grundz	7-2	8+1	7+-0
Genthin	Gz +Mz	9+1	10+-0	7+1
Stendal	Mz+Oz	11+1	11+-0	8+1
Salzwedel	Mittelz	10+1	9+-0	8+1
Gardelegen	Gz+Mz	10-2	9+-0	7+1
Burg	Mz	11+-0	10+2	8+1
Letzlingen	-	9+1	8+1	9+-0
Arneburg	Gz	8+2	8+1	9+2
Tuchheim	-	8+-0	7-1	6+-0
Möckern	Gz	9+-0	7+1	6+1
Möser	SiedlSP	10+2	10+-0	7+-0
Biederitz	SiedlSP	10+2	10+-0	7+-0
Klötze	Gz+Mz	8+1	9+2	9+1
Arendsee	Gz	8-2	10-1	10-3
Bismark	Gz	7+-0	8+-0	6+-0

Anlage 4

Tangierende Stimmungsbilder zum Wahlverhalten**Beispiel 1**

Zu den emotionalen Faktoren des Gemeinwesens (Aus Sprössel „Zu den Motivationen ...“ a.a.O. Seiten 44-45)

- Probanden: klientelundifferenziert, 82 Teilnehmer
- Raum Havelberg, 1996-1997, Jan. - März 1998, März - Juni 1999

Frage: Was hat Ihrer Meinung nach unbedingt zum dörflichen Zusammenleben gehört?

Aussagen zu:	Unbedingt	neutral	nicht
Kommunikation	31	25	26
Solidargemeinschaft	42	21	19
Attraktiv	27	33	22
Heimat	39	15	34
Sicher	51	18	13

Als Gegenüberstellung die aktuelle Situation mit der gleichen Probandenzahl im Untersuchungszeitraum März 1995 - Oktober 1996, Mai 1997 - Juni 1997

Frage : Wie schätzen Sie die Situation heute ein?

Aussagen zu:	Negativ	neutral	positiv
Kommunikation	37	31	14
Solidargemeinschaft	17	19	46
Attraktiv	31	12	39
Heimat	42	17	23
Sicher	28	17	37

In der Bewertung der wichtigsten Aktivitäten ergab sich im Vergleich 1963-69 zur aktuellen Situation 1998 folgendes Bild:

Aktivitäten:	Prädikat 1	Prädikat 3	Prädikat 5
Gemeinschaftsfeiern	37/21	36/30	19/31
Sportveranstaltungen	32/38	27/30	23/24
Kulturveranstaltungen	28/31	26/24	29/27
Arbeitseinsätze für das Dorf	36/17	21/21	25/44
Arbeitseinsätze für Kinderbetreuung	37/25	33/30	12/27

Überprüfung an 40 Probanden 1998, Raum Stendal, gleicher Fragespiegel

Aktivitäten:	Prädikat 1	Prädikat 3	Prädikat 5
Gemeinschaftsfeiern	17/5	19/21	4/14
Sportveranstaltungen	14/10	13/21	13/9
Kulturveranstaltungen	12/10	21/23	7/7
Arbeitseinsätze für das Dorf	19/2	13/16	8/12
Arbeitseinsätze für Kinderbetreuung	19/4	17/8	4/18

Zum Solidarverhalten die Aussagen gleiche Probanden, gleiche Kommunen, gleicher Untersuchungszeitraum, Raum Havelberg
Gegenstand: Verhältnis 1963-1989 zu 1997

Fragen	ja	neutral	Nein
Intakter Gemeinschaftssinn	45/19	30/24	17/39
Zusammengehörigkeit	39/25	10/33	31/24
Kameradschaft	43/26	10/28	27/28
Kollektivgeist	42/26	13/21	27/34
Kommunikationsbedürfnis	42/24	11/43	29/15
Hilfsbereitschaft	47/27	14/22	21/33
Verantwortungsgefühl	36/27	16/31	32/24

Beispiel 2

Der Verlust der Status einer Kreisstadt

Wie wird der Verlust des Status einer Kreisstadt von den Betroffenen reflektiert?

Der Verlust des Status als Kreisstadt hat in Gardelegen, Osterburg, Klötze, Havelberg, Genthin zu erheblichen Identitätsproblemen und Attraktivitätsverlusten geführt, die sich wesentlich auf die Lebensqualität der betroffenen Kommunen niedergeschlagen haben.

Es sind immerhin urbane Siedlungsräume, in denen zwischen 5 000 (Klötze) und 16 000 (Gardelegen), 1 700 (Genthin), 950 (Havelberg), 10 100 (Osterburg) Menschen wohnen.

Zur Dokumentation:

Befragung zum Kreisstadtstatus (Ausschnitt aus dem Untersuchungsprogramm: „Verödung der Kommunen - ein gesetzmäßiger Prozess?“)
Zeitraum: Oktober 1996 und April 1997, September/Oktober 1997,

Probanden:

- 196 Passanten in ehemaligen Kreisstädten Genthin, Havelberg, Klötze, Osterburg, Gardelegen und
- 61 in Stendal und 24 in Salzwedel

1. Frage: Wann fühlten Sie sich in Ihrer Heimatstadt wohler?

	vor 1994	heute	Keine Meinung
ehemalige Kreisstädte	107	49	40
Kreisstädte	19	36	31

2. Frage: Wann fanden Sie ihre Heimatstadt anziehender?

	vor 1994	heute	Keine Meinung
ehemalige Kreisstädte	92	84	20
Kreisstädte	37	45	03

- Fragen
3. Wie haben sich nach 1994 die Einkaufsbedingungen entwickelt?
 4. Wie finden Sie heute ihre Stadt gegenüber früher?
 5. Wie erleben Sie das Freizeitangebot in Ihrer Stadt?
 6. Wie sind Sie mit der Stadtverwaltung zufrieden?

Ehem. Kreisstädte	Anzahl	gut	egal	Schlecht
OBG Osterburg	31	18,14,14, 11	4, 8, 4, 8	9, 9, 13, 12
KLZ Klötze	17	7, 10, 8, 7	7, 2, 2, 3	3, 5, 7, 7
HV Havelberg	29	8, 8, 9, 10	10, 10, 13, 14	11, 11, 7, 5
GNT Genthin	32	21, 17, 11, 19	4, 4, 2, 3	7, 11, 19, 10
GA Gardelegen	47	24, 13, 13, 17	11, 13, 15, 8	12, 21, 19, 22

Kreisstädte	Anzahl	gut	egal	schlecht
SDL Stendal	37	21, 13, 17, 14	11, 7, 1, 10	6, 17, 19, 13
SAW Salzwedel	24	18, 14, 15, 11	1, 2, 1, 1	5, 8, 8, 12

Anlage 5

Zur Totalitarismuskussion in den Kommunen

Sprössel

An
Die Redaktion des Neuen Deutschland
Alt Stralau 1-2
10245 Berlin

Einige Gedanken zu Ihrer Berichterstattung über den Kossevo-Krieg
„Harter NATO-Kurs setzt sich auf G-8-Treffen nicht durch“ Und „Standpunkte“ in
ND 7. Mai 1999, Titelseite und „Zu einfache Wahrheit“ Ebenda S. 2, „Serbien -
NATO-Bomben töteten 100 Zivilisten“ „NATO bombt trotz Korissa-Massaker wei-
ter“ (Titel 17. Mai 1999) und fortlaufend.

Von berufswegen hatte ich mir zur Aufgabe gestellt, einen literarischen Schrei ge-
gen den Krieg auszustoßen. Gegenwärtig wird das Buch in einer regionalen Tages-
zeitung im Vorabdruck veröffentlicht. Lese ich nun allmorgendlich meine Gedan-
ken und dann Ihre Berichterstattungen, komme ich immer wieder zu dem Schluss,
dass Kriegsgreuel offensichtlich keine Grenzen kennt, territorial nicht und von sei-
nen Instrumentarien, es zu erzeugen, schon gar nicht. Es stellen sich einige prinzi-
pielle Fragen, die wohl nicht nur mich beunruhigen, sondern Massencharakter an-
nehmen. Fragen über Fragen türmen sich auf und eine könnte wohl auch so lauten:
Horror-Visionen erhalten ihre Nahrung durch die Wirklichkeit?

Allabendlich habe ich das Gefühl, bei einem Gruselspektakel wider die Mensch-
lichkeit in der ersten Reihe zu sitzen. Die Akteure sind ein konservativer und ein
moderner Despot, die im Widerstreit unmoderner gegen moderne Mittel des Totali-
tarismus darum ringen, wie in Zukunft die Völker der Welt zu beherrschen sind,
wenn diese aufmüpfig sich weigern, den Despoten Untertan und willfährig zu sein.
Tarnkappenbomber und anderes perverses Kriegsgerät gegen brutale Killer, die auf
dem Erdboden herumtobend, ganze Völkerschaften massakrieren und unvorstellba-
res Massenelend als Ausfluss schizophrener Kriegsgelüste frönen, liefern die Bilder
menschlicher Abnormität in diesem Blutdrama.

Es drängt sich die Frage auf, ob es im Jugoslawiengetösel tatsächlich noch um das verheerende Flüchtlingselend und die Beendigung des Völkermassakers an den Kossevo-Albanern geht?

Der jugoslawische Tyrann Milosevic steht „würdevoll“ mit dem Deutschen Hitler und dem Sowjetführer Stalin in einer Reihe im Völkermord, wie auch die US-amerikanische Kriegsmaschine, die ihre schmachvolle Niederlage gegen das vietnamesische Volk erfuhr und sich dennoch überall auf der Welt austobt, wo sie amerikanische Interessen gefährdet sieht.

Schlimm und für die Sicherheit der Völker bedenklich ist es, dass immer wieder solche „Führer“ ihre abnormen Mordgelüste an wehrlosen Minderheiten austoben können. Aber bedarf es zu deren Verhinderung einer globalen Polizeidiktatur, die jede Demokratieregung zur Farce werden lässt?

Die verwirrte Volkstanztruppe der Vereinten Nationen ist nicht einmal mehr als Feigenblatt gegen Blutsröme brauchbar, wenn das der US-Polizeidespot nicht will. „Amerika ist ein Polizeistaat“ stellte jüngst der Schriftsteller Gore Vidal in einem „Spiegel-Gespräch“ fest. Seine Begründung ist so zutreffend auf die Situation, dass sie sich ohne Schwierigkeiten zur Begründung der Rolle der USA als Weltpolizist anwenden lässt. (Spiegel 6/1999/S. 154 ff)

Wie ein roter Faden zieht es sich durch die Geschichte der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, das absolute Vormachtstreben der USA. Mit dem Vietnamkrieg bekam diese polizei-militärische „Weltordnungsmaschine“ die Lehre, dass sich Völker nicht so einfach durch die traditionellen Methoden des Unterwerfungsfeldzuges besiegen lassen. Daraufhin verlegte sich der US-Polizei-Militär-Imperialismus auf die Beherrschung der Völker aus der Luft und aus dem Weltall. Inzwischen ist die Bespitzelungsmaschinerie der USA so perfektioniert, dass die „Überwachung total“ mit dem global vernetzten Abhörsystem „Echelon“ (Spiegel 13/1999/S. 94) alle Winkel der Welt erreicht. Wie ist es da möglich, dass in Jugoslawien Busse, Schulen, Krankenhäuser, Wohnsiedlungen „versehentlich“ vernichtet werden? Wer soll die Story vom „versehentlichen“ Bombardement der Chinesischen Botschaft glauben?

Ich komme mir vor, als säße ich in einem Hörsaal, um einer Lektion über den Totalitarismus und seine „Weiterentwicklung“ am Ausgang des 20. Jahrhunderts in mich aufzunehmen. Die Totalitarismuskussion ist nun gehalten, sich auf eine höhere Stufe zu begeben. Was sind die traditionellen Varianten solcher verachtungswürdiger Erscheinungen der menschlichen Gesellschaft nun gegen eine totale Beherrschung durch die Luft und durch das All? Jugoslawien erscheint in einer Vision als das jüngste Experimentierfeld menschenverachtender Despotie. Tarnkappenbomber schleichen sich an und vernichten die Lebensgrundlagen der Völker. Spezialhubschrauber hetzen die Menschen. Ein Despot beherrscht die Welt und die Völker nach Belieben, wenn sie seinem Willen nicht folgen wollen. Ja, so etwas gibt es nicht nur in den allabendlichen Fernsehsendungen zur Abstumpfung der Moral und Menschlichkeit, das Zeitalter des modernen Despotismus scheint angebrochen. Zwar liegt die Trefferquote der Todeswaffen noch bei zweitausend zu neunzehn, aber an deren Verbesserung wird offensichtlich gearbeitet.

Völkermord ist nicht gleich Völkermord, diese Erkenntnis ist bitter und regt zum nachdenken an. Was die Serben mit ihrer Minderheit, den Kossevo-Albanern, betreiben ist negativste unmenschliche Ausgeburt. Aber wer spricht über die vielen anderen Völker, die sich auslöschen lassen müssen, weil sie Kurden sind oder auch andere? Es grenzt an Schizophrenie, dass die Türken mit Waffen aus Deutschland ihre Vernichtungsfeldzüge gegen ihre Minderheit, die Kurden, betrieben und betreiben. Nur darüber spricht man in der NATO, wohl weil die Trefferquote noch zu ungünstig ist, nicht. Bekanntlich ist die Türkei Mitglied der NATO.

Die Staatskassen sind leer, die Hamstersäcke der Kriegsindustrie wieder prall gefüllt, wie die Tresore der Banken. Die haben beide nun erneut Lust bekommen, darüber nachzudenken, wie sie durch Perfektionierung ihrer Technologien noch mehr Kriegsgerät ausspucken und dabei massenweise den Faktor Mensch als Produzenten aus der Arbeit hinauswerfen können. So kommt zu dem Massenelend der Kriege noch weiteres Massenelend durch Arbeitslosigkeit hinzu. Wo liegt da die Logik? Wie soll man noch eine Perspektive für wahres Menschsein erkennen?

Steht die Welt an der Schwelle eines neuen Totalitarismus? Er ließe sich dann leicht als globalen doktrinären polizei-militärischen Amerikanismus vorstellen? Nicht auszudenken, wenn diese Vision Wirklichkeit wird.

Tangermünde, den 21. Mai 1999

Anlage 6

Wahlprogramme, Wahlaussagen, Wahlanalysen kommunaler Medien und Reaktionen darauf
--

Dr. Klaus–Dieter Sprössel
Grete–Minde–Straße 2
39590 Tangermünde

An
Herrn Tyllack
Leiter der Redaktion der Voksstimme Stendal
Hallstraße
39546 Stendal

Betrifft die Darstellung des Kandidaten Rolf Meyer - So in Ihrer Ausgabe vom 28. Januar 1999

Die Darstellung und noch viel mehr die Selbstdarstellung des Herrn Meyer als Macher, als wirtschaftskompetenter Kommunalpolitiker, als „Lokomotive unter Dampf, die drei Monate auf einem Abstellgleis gestanden hat“ und am peinlichsten wohl in seinen Plakatierungen „Mensch Meyer – Landrat“ verletzen langsam das gute Geschmackempfinden der Bürgerinnen und Bürger. Woher hat der Mann das viele Geld, um eine solche Wahlkampagne zu finanzieren? Wer hat ein Interesse daran, einen Menschen, der auf seine Zusagen und Versprechen pfeift, wenn es offensichtlich um Karriere geht, in den Sessel des Landrates zu hieven? Die Sache wird langsam peinlich. Ein Mensch, der sich so aufdrängt und sogar Kinder als Wahlhelfer mit Handzetteln ausstattet, hat es nötig, denn Meyer war vier Jahre verantwortlich für die Wirtschaftsförderung und da offensichtlich fehl am Platze. Er sollte ehrlich zu sich sein und sein inhaltsloses Worthülsengetöse einstellen. Der Mann ist kein Macher. Eine unter Dampf stehende Lokomotive auf einem Abstellgleis taugt heute nur noch für den Schrott. High Tech ist gefragt und das kann Meyer wohl am wenigsten bieten. Um der politischen Kultur willen „Mensch Meyer – alles andere, nur kein Landrat“.

Tangermünde, den 28. Januar 1999

Zur Landratswahl am 30.1.1999 für Landkreis Stendal
Altmark – Zeitung vom 2.2.1999

„Umfrage des Tages – Wahl“

„Schlafen ist mir viel wichtiger“ Müdigkeit oder Desinteresse in Stendal

(Text) Warum gingen die Stendaler nicht zur Wahl? Im Bereich der Verwaltungsgemeinschaft Stendal lag die Wahlbeteiligung bei 28,4 Prozent. Nach einer Umfrage unserer Zeitung zeigten sich gestern viele Bürger politikverdrossen. Auf die Frage, warum sie denn nicht zur Wahl gegangen seien antworteten einige „Ist doch sowieso egal, wer den Posten inne hat, die machen, was sie wollen.“ Ein Herr gar behauptete: „Das sind doch alles nur Marionetten.“ Eine junge Dame zeigte sich von der Information, ein neuer Landrat sei gewählt worden, völlig überrascht: „Was ist denn das?“ Ein Bürger, vom Lande war gar recht erbost, dass der Kreis von ihm erwartete, Mühen und Kosten auf sich zu nehmen, um ein Wahlbüro zu erreichen. „Wenn die mir das Fahrgeld bezahlen würden, dann ja.“ Eine weitere Bürgerin gab unmissverständlich zu verstehen, dass ihr der „heilige Sonntagsschlaf viel wichtiger sei.“

Anlage 7

Textabschriften

Beispiel Wahlprogramme*PDS – Wahlprogramm zu den Kommunalwahlen 1999, Tangermünde*

„Für unsere Heimatstadt Tangermünde und im Landkreis Stendal wollen wir unter anderem

- eine bürgernahe Arbeit des Stadtparlaments und eine gesunde Kontrolle der Verwaltung,
- Einwohneranträge und Bürgerentscheide unterstützen, betroffene Vereine, Verbände und Träger öffentlicher Belange vor Entscheidungen anhören,
- dass mehr sachkundige Bürger in den Ausschüssen mitarbeiten können und dort Stimmrecht erhalten,
- die heimische Wirtschaft fördern, der Tourismus soll für Tangermünde zu einem Wirtschaftsfaktor werden. Wir möchten den Hafen für den Wassersport und den Tourismus attraktiver machen und schrittweise eine verkehrsfreie Innenstadt schaffen. Dazu gehört auch ein sinnvolles Parksystem für den innerstädtischen Raum,
- den Ausbau des vorhandenen Straßennetzes, darunter vor allem der B 189, 188 und 190, weil die A 14 noch mindestens 15 Jahre auf sich warten ließe.
- den Erhalt und die Schaffung bürgernaher Strukturen von Gesundheitseinrichtungen und eine bedarfsgerechte Anzahl von Begegnungsstätten für Senioren, Menschen mit Behinderungen, Frauenschutzhäusern,
- Sozialpässe einführen, die Schwachen die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ermöglichen,
- ein Jugendparlament im Landkreis einrichten, die Trägervielfalt in der Kinder- und Jugendhilfe erhalten und eine kontinuierliche und vielfältige Jugendarbeit sichern,
- die biomechanische Müllbehandlung als Alternative zur Müllverbrennung,
- dass Naturschutzprojekte im Landkreis unangetastet bleiben,
- Projekte und Vereine zur kulturellen Selbstbetätigung sowie den Breiten- und Freizeitsport fördern. Wir sind für die kostenfreie Nutzung von Sportstätten durch die Vereine,
- individuelle Mobilität durch öffentliche Personennahverkehr, der durch sozialverträgliche Tarife eine echte Alternative zum Individualverkehr darstellt.

Wir möchten Ihre Interessen im Tangermünder Stadtrat vertreten:

Heidrun Krach

Gerald Eisenhut

Dora Bünning

Christine Paschke

Silvia Kühne

Dr. Klaus- Dieter Sprössel

Heinz Bergande

Manfred Baumgarten

Ilona Meißner“

Anlage 8

Beispiel einer Wahlanalyse durch lokale Medien

Stendaler Volksstimme –Tangermünder Teil
Abschrift des folgenden Textes vom 17. Juni 1999

„Die Gunst der Wähler im Vergleich zweier Wahlen

Heiner Pils ist der beliebteste Kommunalpolitiker von Tangermünde, geht man von den Ergebnissen der aktuellen Stadtratswahlen aus. Er schaffte es sogar, die Kandidaten, die allgemein an Stimmen in den Kommunen zulegten, noch hinter sich zu lassen. Er vereinigte 775 Stimmen auf sich. Das sind rund 30 Prozent des Wahlvorschlages der SPD.“ (*Pils hatte Listenplatz 1 inne) „Bei der CDU darf sich Fraktionschef Hermann Curds über 556 Stimmen freuen.“ (*LP 3) „Ebenso beachtlich die 543 Stimmen von Herbert Alexy.“ (LP 1) „Nachfolgend weitere Kandidaten, die wenigstens über 100 Tangermünder auf ihrer Seite hatten: Horst Becker (308), Anette Most (239), Daniela Curdts (150), Günter Klitzing (130), Christine Richau-Dümmling (116), Jürgen Rethfeld (111). Die anderen blieben unter 100.“ (*Die CDU hatte 20 Kandidaten aufgestellt, 11 sind gewählt worden.)

„Bei der SPD gehören noch Jürgen Meier (402) zu den Zugpferden. Dann fällt es rasch ab: Helga Laube (189), Wolfgang von der Heide (184), Uwe Classe (155) Ingo Bade (109), Regine Schönberg (104)

Bei der PDS vereinigt Heidrun Krach 323 Stimmen auf sich.“ (*LP1). „Es folgen Dr. Klaus-Dieter Sprössel (222),“ (*LP 6) „Gerald Eisenhut (197),“ (*LP2) „Christine Paschke (140).“ (*LP4).

„Zu den Zugpferden der Freien Wähler war Dr. Bernhard Neumann mit 280 Stimmen.“ (*LP2). „Es folgt Dr. Günter Lange (169),“ (*LP1) Burghard Wienecke (146),“ (*LP 7) „Herbert Bügelsack (139).“ (*LP 4, die Liste umfasste 14 Bewerber.)

„Noch sind die Parteien dabei, die Wahlergebnisse zu analysieren. Allgemein wird für das schlechte Abschneiden vieler Kandidaten gegenüber den Wahlen von 1994 die geringe Wahlbeteiligung verantwortlich gemacht. So gingen in Tangermünde von 8 450 Wahlberechtigten 2 857 an die Urne“ (* =33,8 %). 1994 waren es 5 683. (= 66,8 %).

Doch unabhängig davon lässt sich sagen, dass die CDU gegenüber der Wahl 1994 an Stimmen zulegte.“ (*? 1994 zog allein Dr. Rudolf Opitz für die CDU 3 165 Stimmen, das sind absolut 308 Stimmen mehr als die Gesamtwahlbeteiligung 1999)

„Hermann Curdts beispielsweise konnte sie fast verdoppeln. Bei der SPD gab es ein Auf und Ab. Heiner Pils erhielt 1994 noch 937 Stimmen gegenüber jetzt 775. Dafür schob sich Jürgen Meier heute 402 gegenüber 267 Stimmen 1994 klar nach vorn.

Dramatisch ist der Rückgang bei der PDS. Dr. Klaus-Dieter Sprössel, der bislang im Stadtrat für die PDS die Geschäfte führte, fiel um 1 112 Stimmen auf 222 herunter. Das sind fast 1 000 Stimmen weniger. Heidrun Krach konnte sich mit 323 gegenüber 404 einigermaßen behaupten, ebenso Gerald Eisenhut mit 197 gegenüber damals 212.

Noch schlimmer ist der Erdrutsch insgesamt für die Freien Wähler, wenn man die Stimmenzahl bewertet. DR. Bernhard Neumann fiel von 971 auf 280. Die Fraktionsvorsitzende Ingrid Bergner von 514 auf 110 und kam gar nicht wieder in den Stadtrat. Burghard Wienecke musste mit jetzt 146 gegenüber 300 eine Halbierung seiner Stimmen hinnehmen.

Ganz oben auf der Beliebtheitskala steht Dr. Rudolf Opitz. Bei der Stadtratswahl 1994 erhielt er das Traumergebnis von 3 165 Stimmen. Das entsprach 65 Prozent aller Stimmen.“ (*1999 war er gar nicht für den Stadtrat angetreten) !

„....“

Dr. Klaus – Dieter Sprössel
Grete – Minde – Straße 2
39590 Tangermünde

An
Herrn
Paul-Josef Raue, Chefredakteur der Volksstimme
Bahnhofstraße 17
39107 Magdeburg

Sehr geehrter Herr Raue,

im Bewusstsein, dass wir beide mit gleicher Leidenschaft die hohe Ethik des Journalismus vertreten, sehe ich mich nun nach jahrelangem Zögern doch veranlasst, mich vertrauensvoll an Sie mit einem sicherlich delikaten Problem zu wenden.

Ich war eifriger Leser Ihrer Zeitung und habe mich mit heutigem Datum nur ungern aus diesem Kreis verabschiedet. Im Landkreis Stendal habe ich einmal zur Bereicherung Ihres Blattes beigetragen.

Ich gehöre nicht zu den Menschen, die anderen Böses wollen oder sie gar verleumden. Ich gehöre allerdings auch nicht zu den Wendehälsen, die nach der Wende ihren Hals in mikroskopisch filigranen Bewegungen der neuen Situation angepasst haben. Sondern ich war und bin bestrebt, meinen eigenen Weg zu gehen und meine politischen Überzeugungen als linker Demokrat auch so zu vertreten, wie ich das für richtig halte.

Aus dem Grunde habe ich das Wirken Ihres Tangermünder Stadtschreibers, Herrn Norbert Klein, den ich aus seiner Arbeit als linientreuen Postillenberichterstatter der SED-Kreisleitung Stendal noch sehr gut in Erinnerung habe, mit großer Skepsis beobachtet. Es steht mit nicht zu, Ihre Personalentscheidungen diesbezüglich bewerten zu wollen. Allerdings hat sich nun eine Situation ergeben, die mich veranlasst, mich in solcher Form an Sie zu wenden.

Besagter Klein erzählt mir dauernd sein „Platzhirschgefasel“ und „Einschaltquotengedüse“.

Ich habe vieles von dem Mann hingenommen, mit der Entschuldigung, dass er sein Handwerk unter anderen Bedingungen gelernt hat. Auch habe ich ignoriert, dass Ihr Mann mich seit einem Jahr aus Ihrem Blatt verbannt hat und von den Sitzungen des Stadtrates Tangermünde berichtete, als gäbe es mich gar nicht. Nun ist es unbestritten, dass ich zu den streitsüchtigsten, aber auch, bedingt durch meine Ausbildung, wohl fachkundigsten Geistern im Stadtrat Tangermünde gehöre, die ihre Zweifel geäußert haben und das auch in Zukunft tun werden.

Ich arbeite als Autor von kommunalpolitischen Studien und habe innerhalb der vergangenen drei Jahre zehn Broschüren mit einer Gesamtseitenzahl von 720 und einer Auflagenhöhe von insgesamt 5 000 Stück herausgebracht. Zwei Serien sind bereits vergriffen. Gegenwärtig befindet sich mein Roman „Kinder der Elbe“ im Vorabdruck in der Altmark-Zeitung. Mit heutigem Datum ist die 53. Folge erschienen. Klein habe ich vertrauensvoll von diesem Projekt erzählt und ihn auch dafür gewinnen wollen. Es fehlte aber das Vertrauen, was ich in Ihren Mann setzen kann, mit solchen Manuskripten umzugehen. Ich halte ihn für fachlich überfordert. Seine haarsträubende Schreibtischordnung schon allein lässt kaum Garantie zu, dass Manuskripte erhalten bleiben. Mit großem Eifer nahm er Notizen, um hinterher nicht mehr zu wissen, wo er sie abgelegt haben könnte. Solches hat mich auch veranlasst, mich von Ihrem Mann zurückzuziehen und mich der Altmark-Zeitung zuzuwenden. Wie dem auch sei, hätte sich der Herr nicht noch darin verstiegen, mit heutigem Tage eine „Popularitätsanalyse“ des neu gewählten Stadtrates herauszubringen, offenkundig in der Absicht, mich als den Popularitätstrottel von Tangermünde darzustellen, hätte ich Ihren Mann weiterhin ignorieren können. Mit besagter Analyse, einem unqualifizierten, haarsträubenden Plagiat pseudojournalistischer Freiheit, die an Meinungsmanipulation kaum zu wünschen übrig lässt, zwingt er mich allerdings, Klage gegen Ihre Zeitung wegen politischem Rufmord und Rufschädigung bei der Staatsanwaltschaft Stendal einzureichen. Ich werde in meiner Anzeige nachweisen, dass besagter Klein durch eine bewusste Stellung von Fakten und Unterlassungen zu einem solchen Bild kommen wollte, um mir zu schaden. Auf die Hintergründe einzugehen, würde an diesem Platz zu weit führen. Als ortsansässiger Publizist und Schriftsteller bin ich auf ein seriöses Erscheinungsbild besonders angewiesen. Die Unterstellungen und Wertschätzungen eines ehemaligen Schreibers rotester Postillen lassen mich unberührt, solange der Mensch mir nicht zu nahe tritt. Da das nun in unerträglicher Weise geschehen ist, möchte ich Ihnen das zumindest zur Kenntnis bringen. Neid und Missgunst von einem ehemaligen Postillenschreiber der SED gegen mich – welch ein unerträgliches Gefühl. Schade, dass ich die Verbindung zur Volksstimme nun auf solche Weise endgültig abbrechen muss. Meine Wertschätzung für Ihre Zeitung muss wohl doch ein Trugschluss gewesen sein.

Das Meisterwerk analytischer Kunst finden Sie, falls Ihrerseits Interesse an meinem Problem bestehen sollte, zur gefälligen Kenntnisnahme in der Stendaler Ausgabe Ihrer Zeitung vom 17.6.1999, Tangermünder Teil.

Anlage 9

Bemerkenswerter Denkkzettel für den Stadtrat

Nun ist es heraus, was eigentlich schon seit inoffizieller Bekanntgabe der Wahlergebnisse der Kommunalwahlen für Tangermünde sichtbar geworden ist, der Stadtrat hat von den Einwohnerinnen und Einwohnern einen gehörigen Denkkzettel verpasst bekommen. Wenn nach offizieller Bekanntgabe des Wahlergebnisses von 8 450 Wahlberechtigten lediglich 2 857 von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht haben, lässt das wohl nur den Schluss zu, der Stadtrat vermochte durch seine Arbeit nicht zu überzeugen. Von Popularität kann angesichts einer solchen Abfuhr noch weniger die Rede sein. Wie schön, dass der Souverän Wähler wenigstens einmal ein Machtwort gesprochen hat und von den Mitgliedern des neuen Stadtrates eine volkstümliche Arbeit anmahnt. Die Kommunalwahl am 13. Juni 1999 war auch in Tangermünde eine Parteienwahl, bei der die Wählerinnen und Wähler in 72 % den Empfehlungen der Parteien gefolgt sind und ihre Stimmen gleich bei den Erstplatzierten ließen. Die Chancen für Kandidaten, die sich weiter unten auf den Kandidatenlisten der Parteien und der FWG einordnen mussten, wurden mit jedem Platz unterhalb der Erstplatzierten immer geringer. So sind einige der profiliertesten Mitglieder des alten Stadtrates wegen ihrer schlechten Platzierungen nicht mehr im neuen Stadtrat. Das trifft leider auch für Frau Ingrid Berger, Fraktionsvorsitzende der FWG im alten Stadtrat, zu, die mit ihrem großen Engagement, die politische Kultur im Stadtrat wesentlich mitgestaltet hat. Auch Frau Edeltraud Handke, Vorsitzende des Bau- und Planungsausschusses, teilt das Schicksal von Frau Berger. Mit einer Wahlbeteiligung von gerade mal 33,8 % hat der Wähler keine Popularitätslorbeeren verteilt, sondern wohl eine bessere Arbeit angemahnt. So sieht das offiziell bestätigte Wahlergebnis für Tangermünde aus.

Anlage 10

Nach der Wahl (Dokumentation)

Altmark-Zeitung, 19. Oktober 1999

„Beschlüsse neu überdenken“

Ich habe schon lange Bauchschmerzen, was viele Beschlüsse des alten Stadtrates anbelangt“, erklärte gestern Dr. Klaus-Dieter Sprössel, fraktionsloser Stadtrat. „ich finde es deswegen richtig, wenn neue Stadträte die alten Beschlüsse mit Fachkompetenz überdenken“, meinte er und bezog sich damit auf den Verkehrsausschussvorsitzenden Jörg Jensen (CDU), der das Verkehrskonzept für die Innenstadt während der jüngsten Sitzung wieder auf den Tisch brachte.

„Ich finde es anmaßend, wie sich die Ordnungsamtsleiterin schulmeisterisch vor die Stadträte hinstellt und ihnen erklärt, dass gilt, was der alte Stadtrat beschlossen hat und wie das Verkehrskonzept aussehen muss“, so Dr. Sprössel. Ordnungsamtsleiterin Elke Wessel hatte darauf hingewiesen, dass es ein fertiges Konzept gäbe, das vom vorigen Stadtrat beschlossen worden sei. Deswegen müsse über das Konzept nicht mehr diskutiert werden.

Man sollte solche Leute, wie Jörg Jensen, die kreative Einfälle haben, unterstützen, meinte Dr. Sprössel. „Man kann doch unmöglich so viel Geld für die Umsetzung des Konzeptes ausgeben, ohne zu wissen, ob es überhaupt funktioniert.“ Da sollte man es, wie Jensen es vorgeschlagen habe, ruhig eine Zeitlang ausprobieren. „Ich sehe den Stadtrat als ein Forum, für Sachberatungen über Parteizwänge hinweg.“, erklärte Dr. Sprössel.

Wenn der Bahnübergang an der Arneburger Straße wegkomme, dann sei sowieso ein neues Verkehrskonzept nötig. „Die Weiche zum Hafen ist auch schon raus, da können wir die Schienen ganz rausreißen und wunderschöne Parkplätze am Hafen bauen.“, regte er an.

Der. Klaus-Dieter Sprössel

Grete-Minde-Straße 2

39590 Tangermünde

Fraktionsloses Mitglied des Tangermünder Stadtrates

An

Frau

Cristina Kort, Redaktion Tangermünde der Altmark-Zeitung

Betr.: Ihren Beitrag „Unsicherheit, Angst und Emotionen“ in A-Z, 25.8.1999

Langsam geht es selbst einem geduldigen und Sachzwängen zugewandten Tangermünder Stadtrat, vor allem Bürger dieses Staates, über die Hutschnur, einen Manager vom Schlage eines Eckehard Stern, der sich eigentlich den wichtigsten Belangen der Menschen, denn das (!) sind die sozialen Beziehungen, verpflichtet sein sollte, noch mit einigermaßen Kulanz folgen zu sollen. Dieser Vertreter seiner Zunft

ist für mich schon lange kein Gesprächspartner mehr. Seine Argumentationen gegen Wohlbefinden, gegen emotionale Bedürfnisse von Schwerstkranken, ist wohl nicht nur für mich abstoßend. Jawohl, der Blick über die Elbauen ist seit hundert Jahren für Tausende von Patienten emotional aufbauender, als in die Tristesse zu starren, in der sich sein Krankenhauskonglomerat in Stendal befindet. Die Menschen, nicht nur in Tangermünde kommen sich ohnehin langsam als lästiges Beiwerk, als Störfaktoren für Kapitalexpansionen vor. Ich muss mit grimmiger Ohnmacht feststellen, dass prinzipiell einem Stadtrat nicht einmal die Möglichkeit offensteht, sich wirklich wirkungsvoll für spürbare Lebensqualität einsetzen zu können. Erst das Spanplattenwerk, dann alles, was noch Arbeitsplätze gab, dann die Einrichtungen, dann das Krankenhaus, wann hat das endlich ein Ende. Unsere schöne Stadt ist Ergebnis privaten Fleißes seiner Menschen und sie wird nur Fassade für Touristen sein, die dann mit den Jahren abblättert, weil die fleißigen Menschen kein Geld mehr haben. Wir sind gedemütigt genug, solchen Schleifaktionen, wie die unseres Krankenhauses hinnehmen zu müssen, ohne wirklich etwas dagegen tun zu können. Selbst einige tausend Stimmen unserer Menschen sind verhallt, wie Schall und Rauch. Resignation macht sich breit. (Nicht einmal mehr 35 % Wahlbeteiligung in den jüngsten Kommunalwahlen!) Da brauchen wir die argumentatorischen Ergüsse des Stern, Geschäftsführers der Johanniter GmbH Stendal, am wenigsten. Schlimm ist es schon, wenn Besagter sich dazu hinreißen lässt: „Ich denke nicht, dass in Stendal so eine Menschenunwürdigkeit herrscht.“ Es ergibt sich die Frage, welche Menschenunwürdigkeit herrscht denn dort, die der Stern meinen könnte?

In Gegenwart von Schwerstkranken solche Positionen zu zelebrieren wie: „Ich denke, die Medizin und die Behandlung sind entscheidend und nicht der Blick aus dem Fenster.“ lassen eine Kaltschnäuzigkeit oder ein unerträgliches Manko an grundlegenden Kenntnissen krankenspsychologischen Wissens stark vermuten. Medizin und Behandlungen sind in Tangermünde ausgezeichnet und dazu noch die herrlichen Elbauen. Unfassbar, was der Mann aus der Klamottenkiste absurder Argumente kramt, bei der Situation im Gesundheitswesen, das nur noch eine Funktion des Geldes geworden ist.

Schlimm, Schlimm. Es gibt ein Sprichwort „Wenn du geschwiegen hättest, wärest du ein Philosoph geblieben.“ Eine Sternstunde sind die Auftritte des Herrn Stern, Geschäftsführer der Johanniter GmbH Stendal, in Tangermünde jedenfalls bislang nicht gewesen. Wir können langsam auf solche Sternstunden verzichten, denn sie ändern nichts, sie führen uns nur unsere Ohnmacht vor Augen. Solches hatten wir schon, Herr Stern. Wir sind zu arme Schlucker, um unser Wohlbefinden bezahlen zu können. Langsam schwenken wir ein in die Dreiklassengesellschaft. Nicht nur einem fraktionslosen Stadtrat platzt bei solchen Auftritten der Kragen.

Tangermünde, den 25.8.1999

Anlage 11

Dr. Klaus-Dieter Sprössel
Fraktionsloses Mitglied des Stadtrates von Tangermünde
Grete-Minde-Straße 2
39590 Tangermünde

An Frau Christina Korth
Die Tangermünder Redaktion der Altmark-Zeitung

Betrifft Ihren Beitrag „Geschäftswelt im Dornröschenschlaf?“ in der Ausgabe vom 21.10.1999

Mitnichten befindet sich die Geschäftswelt der Tangermünder Innenstadt im Dornröschenschlaf, wenn auch ein außenstehender Betrachter zu einem solchen Eindruck kommt, besucht er die Innenstadt außerhalb der Donnerstage wenn Wochenmarkt ist.

Die Innenstadthändler und Gewerbetreibenden haben in den vergangenen Jahren bis an die Grenzen ihrer Möglichkeiten geackert, um der Innenstadt noch einen Lebenshauch zu erhalten. Darum ist die Resonanz auf ihre Mühen, eine schöne, aber unattraktive Innenstadt am Leben zu erhalten, besonders bedrückend. Tangermünde hat eine sehr schöne, eigentlich die schönste Innenstadt der Altmark.

Was ihr fehlt, ist die nötige Attraktivität. Die wird nämlich gemessen daran, ob sich die Menschen in ihr wohl fühlen und tummeln, oder ob sie ihr fernbleiben. An der Vielzahl der Erlebnisbereiche kann es wahrlich nicht liegen, herrliche Ecken zum Ausruhen, im Zentrum das Aqua-Fun - eigentlich könnte man sagen, was will man noch mehr?

Die Innenstadt, und der Begriff wird in der Regel nur auf die Lange Straße und die Kirchstraße angewendet, ist nicht attraktiv für einen Besuch, bei dem die Vorzüge dieses Areals genossen werden könnten. Wer genießt schon gern eine Tasse Kaffee im Freien zwischen Hundescheiße und Autoqualm. Eine 150 000 DM teure Marketingreferenz hat nichts gebracht. Ein Verkehrskonzept, das zwar vom alten Stadtrat gegen den erbitterten Widerstand einer Minderheit verabschiedet worden ist, was ja den Regeln der repräsentativen Demokratie auch entspricht, 40 000 DM teuer, bringt keine Lösung.

Das hat wohl auch ein Fachmann, wie Herr Stadtrat Jörg Jensen richtig erkannt. Wenn es nicht möglich sein wird, wenigstens in der Langen Straße ein paar Meter aus dem Verkehr herauszunehmen und völlig im Sinne einer Stadtberuhigung als Flanierbereich zu gestalten, wenn es möglich bleibt, selbst den Marktplatz rasend überqueren zu können, sind Geldausgaben für Flickschustereien und halbherzige Aufmotzbestrebungen nur verschwendete Steuergelder. Die Wähler von Tangermünde haben sich nicht einmal mehr zu 35 % hinter dem Ofen hervorlocken lassen. Das sollte Anlass genug sein, ein paar solcher Beschlüsse, wie die zur Innenstadt-

gestaltung neu zu diskutieren. Sonst kann es gut sein, dass sich die Tangermünder in ihrem schönen Städtchen nicht mehr wohl fühlen. Die Gewerbetreibenden der Innenstadt haben solches sehr hart zu spüren bekommen und sie fühlen sich in diesem Sinne um ihre Mühen gebracht.

Nicht Dornröschenschlaf, sondern pure Existenzbeschwerden diktieren solche Erscheinungen.

Tangermünde, den 22.10.1999

Fraktionsloser Stadtrat

„kommunalpolitisches forum“ Sachsen-Anhalt e.V.

Anlage 12

Bürgerbewegungen**Was sind Bürgerbewegungen?**

Bürgerbewegung*	Zu 100 % der Aktivitäten	Teilnehmer	Terr. Bed.**
1. Bürgerproteste	75 %	>20 000	Alle
2. Bürgerinitiativen	92 %	>9/20 000 17/~8 000 14/1 000 64/2 430	31 % Land, 15 % Region, 17 % LK, 29 % K
3. Bürgerbefragungen	16=100 %	>20 000	16 % Region 32 % LK 52 % K
4. Bürgerbegehren (2:4)	~7 %	~15 000	K
5. Bürgerentscheide (4:5)	2 %	~600	K

*Bürgerbewegungen sind nach Auffassung des Autors alle Bürgeraktivitäten, an denen sich mindestens

- fünf wahlberechtigte Personen in organisierter Form beteiligen,
- im Unterschied zu Einwohneranträgen, die als Individualaktivitäten zu werten sind.

**kommunal (1), Kreisebene (2), regional (3), Landesebene (4)

Wo sind sie rechtlich geregelt?

1. Im Grundgesetz nicht ausdrücklich

2. in der Gemeindeordnung Sachsen-Anhalt: (Neufassung 1997)

§ 24 Einwohnerantrag

§ 24a Bürgerinitiativen

§ 25 Bürgerbegehren

§ 26 Bürgerentscheid

Anhang

Begriffsbestimmungen, Definitionen, Erläuterungen

Autorität: Politische Autorität

Politische Autorität ist als spezielle Form der Autorität eine politische Eigenschaft, die durch ihre Erscheinungen transparent wird.

In der politischen Autorität werden grundsätzlich zwei Arten unterschieden, die funktional übertragene oder amtsbedingte Autorität und die handlungsabhängige erworbene Autorität. In diesem Sinne ist politische Autorität nicht institutionalisiert gebunden, z.B. in der Weise, dass nur gewählte Gremien der öffentlichen Gewalt, so die Räte der kommunalen Ebenen oder der Landtag oder die Landesregierung politische Autorität haben, sondern in verstärktem Maße alle organisierten und auch spontanen Bewegungen, deren inhaltliche Aufgabenstellung unter dem Aspekt, Politik ausüben zu können bzw. diese zu beeinflussen.

Attraktivität im allgemeinen Sinne

Der Begriff Attraktivität im politologischen Sinne ist in zumindest zweierlei Hinsicht gebräuchlich:

- Im emotionalen Sinne bezüglich einer Tätigkeit
- Zur Bezeichnung eines sachlich-materialisierten sinnlich wahrnehmbaren und nachvollziehbaren qualitativen Zustandes
-

In erstem Sinne gebräuchlich z.B. zur Positionsbezeichnung bezüglich der Wahrnehmung eines Ehrenamtes z.B. Bürgermeister, Gemeinderat, Stadtrat usw.

Attraktivität als Bewertungskriterium

Unter Attraktivität im materialistischen Sinne werden alle visuell und emotional erfassbaren territorialen Gegebenheiten verstanden, die durch Impulse bewusstseinsgestaltend auf den Menschen einwirken und diesen zu subjektiv geprägten Urteilen, Ansichten, Einstellungen und Handlungen befähigen und bewegen. Das sind insbesondere

- die visuell wahrnehmbaren Strukturen und Formen,
- die akustischen und geruchlichen Feststellungen,
- die wahrzunehmenden Bedingungen der persönlichen Selbstdarstellung,
- die wahrzunehmenden Bedingungen der individuellen Konsumtion,
- die vermittelten Erlebnisse.

Attraktivitätszuwachs

Attraktivitätszuwachs ist ein Quotient, der gebildet wird als Durchschnitt aus einer Bewertung folgender Faktoren, zu einer Grundaussage (Ausgangsgröße, das kann ein Basisjahr oder eine andere Bezugsgröße z.B. messbare Mengen, Veränderungen usw. sein) in Beziehung gesetzt.

- territoriale Lage der Kommune in der Region
- wirtschaftliche Infrastruktur
- materielle Bedingungen für die Lebensqualität aus sozialer Sicht
- Angebote der Reproduktion der Individualität
- natürliche, historische u.ä. Gegebenheiten und Besonderheiten

Bürgernähe

Bürgernähe hat zwei Aspekte, unter denen dieses Erfordernis bewertet werden muss, einen *inhaltlichen* Aspekt und einen *formellen* Aspekt.

Unter dem *inhaltlichen* Aspekt werden alle die Faktoren und Aktivitäten verstanden, die seitens der Verwaltung reguliert werden müssen, um innerhalb ihres territorialen Zuständigkeitsbereiches die Bedingungen zu schaffen und zu sichern, die

- die Lebensqualität bestimmen z.B. Infrastruktur, materielle Bedingungen der körperlichen und geistigen Reproduktion, materielle Voraussetzungen für die individuelle Selbstverwirklichung,
- die wirtschaftlichen Bedingungen als Grundlagen für die Finanzierbarkeit der territorialen Angelegenheiten sichern,
- die Sicherung der sozialen Integrität der im Territorium lebenden Menschen gewährleisten,
- Hilfe zur Selbsthilfe und zur Motivierung, an der Lösung der territorialen Angelegenheiten mitzuwirken, geben.

Dem *formellen* Aspekt müssen alle die Aktivitäten und Gegebenheiten zugeordnet werden, die mit der Abarbeitung der formellen Verwaltung zusammenhängen

- Verfahrensweisen bei Inanspruchnahme der Verwaltung, wie Umfang von Anträgen
- Art und Aufwand ihrer Stellung (auf wievielen Formularen, in welcher Aufmachung das Anliegen an die Verwaltung herangetragen werden muss, damit es bearbeitet wird)
- Dauer der Abarbeitung von Verwaltungsangelegenheiten
- Erreichbarkeit der Verwaltungsämter.

Einwohner

Der Begriff Einwohner beinhaltet die juristische Verbindung eines Menschen zu einem konkreten, territorial abgegrenzten, mit staatlicher Verwaltungsvollmacht ausgestatteten Rechtssubjekt. Diese Rechtssubjekte sind in aufsteigender Linie die Kommunen, die Landkreise, die Länder, die Bundesrepublik. Was heißt das?

In allen diesen Ebenen ist der Mensch konkret ausgewiesen (siehe Personalausweis). Er kann gegenüber den Verwaltungsrechtssubjekten, die ihn als Einwohner verwalten, Rechte geltend machen, wie diese auch ihm gegenüber

Lebensqualität

Dabei werden unter „Lebensqualität“ nicht nur die Bedingungen für besseres Leben, sondern auch die real ausschöpfbaren Möglichkeiten verstanden. Der Quotient ist nach Ansicht der Masse der Bürger in den neuen Bundesländern das Verhältnis von angebotenen zu den vom Durchschnittseinkommen finanzierbaren Möglichkeiten.

Bezogen auf eine solche aktuelle Begriffsbestimmung kann heute aus Gründen wissenschaftlicher Seriosität nicht mehr darauf verzichtet werden, die Faktoren darzustellen, die als positive soziale Erfahrungen den Bewohnerinnen und Bewohnern der Kommunen aus der „DDR-Zeit“ im Bewusstsein haften geblieben sind und heute bei der Bewertung der Lebensqualität in den Kommunen als Kriterien genommen werden. Diese Bewertungen lassen in bezug auf die Realisierungsbedingungen der örtlichen Verwaltung, als kommunale Selbstverwaltung und deren territoriale Ausdehnung bedenkenwerte Schlüsse zu.

Solche allgemeinen, auf die materiellen Bedingungen orientierten, Kriterien sind:

- Arbeitsmöglichkeiten,
- der Zugriff auf Versorgungseinrichtungen,
- die Kinderbetreuung,
- Erlebnisbereiche der Freizeit und kulturellen Betätigung,
- Einrichtungen der gesundheitlichen und sozialen Betreuung,
- altersspezifische Einrichtungen (z. B. Für die Rentner),
- verkehrsmäßige Erreichbarkeit,
- Kommunikationsmöglichkeiten.

•

Als ideelle Bewertungskriterien werden herangezogen:

- Gemeinschaftssinn und Solidarität,
- Ehrlichkeit und das Bedürfnis nach unmittelbarer Kommunikation,
- persönliche Sicherheit.

Komplexität

Komplexität im materialistischen Sinne ist der räumliche Ausprägungsgrad der Verhältnisse und Beziehungen zwischen Gegebenheiten, bezogen auf eine konkrete Bezugsbasis, in einem festgelegten Zeitraum.

Komplexität gibt darüber Auskunft, welche räumlichen Gegebenheiten innerhalb eines Territoriums, die der Mensch zur Gestaltung seiner Lebensprozesse unbedingt braucht, in einer bestimmten Zeiteinheit von ihm erreicht werden können.

Eine hohe Komplexität ist dann vorhanden, wenn diese Gegebenheiten, wie Einrichtungen, Verwaltungen, Geschäfte usw. auf engstem Raum in kürzester Zeit erreicht und wenn dabei ein optimales Maß an Verrichtungen erledigt werden kann. In diesem Sinne ist Komplexität die Erreichbarkeit von notwendigen, aber auch möglichen Gegebenheiten innerhalb eines bestimmten Raumes, in einer bestimmten Zeiteinheit als materielle Grundlagen zur Gestaltung der auf durchschnittlichem Niveau befindlichen Lebensprozesse. Komplexität lässt sich ermitteln durch die

- Anzahl verschiedener und verschiedenartiger Strukturen in einem territorial abgegrenzten Raum (Träger wirtschaftlicher, sozialer, kultureller, verwaltungstechnischer, politischer u.a. Aktivitäten und Organisationsformen),
- Anzahl der in einer Zeiteinheit auf einem abgegrenzten Raum nebeneinander ablaufender Aktivitäten (Feststehende Termine wie Öffnungszeiten, Veranstaltungen, Vereins- und Parteiarbeit),
- Anzahl und Dichte baulicher Anlagen, Immobilien, natürlicher und gartenarchitektonischer und ähnlicher Gegebenheiten (Wohnungen, Straßen, Gewerbegrundstücke, Verkehrseinrichtungen, kulturelle, gastronomische Gegebenheiten, Sportstätten).

Funktionalität

Funktionalität beinhaltet alle notwendigen und real möglichen Beziehungen, die die Menschen zielorientiert untereinander oder mit Organisationsformen eingehen müssen oder können, um einer Zweckbestimmung zu genügen, der sie folgen müssen oder wollen. Auch die Funktionalität ist historisch gewachsen und einem aktuellen Anpassungszwang unterworfen. Das betrifft u.a. solche in der Innenstadt in konzentrierter Form entwickelte urbane Funktionen wie das Wohnen, die Versorgung, die Verwaltung, die Kommunikation, die Bildung und Erziehung.

Unter „Funktionalität“, bezogen auf die Kommunen allgemein, ist zu verstehen, wie, mit welcher Ausstattung die Kommunen sich als Wohn-, Erlebnis-, Arbeits-, Kommunikations- und Sozialgemeinschaft selbst verwirklichen und darstellen können. Dabei haben sich im historischen Verlauf zwei Arten der Funktionalität herausgebildet :

1. die entwicklungsgeschichtlich erworbene Funktionalität
2. die zwangsweise erlangte Funktionalität.

Funktionalitätsbewusstsein

Funktionalitätsbewusstsein ist Teil des Bewusstseins überhaupt und als solches bewusstseinsmäßige Reflexion des kommunalen Lebens, der kommunalen Bedingungen und Verhältnisse, gemessen an der gesamtgesellschaftlichen Situation, wie sich diese in die Kommune erlebbar hineinprojiziert.

Das Maß des Funktionalitätsbewusstseins leitet sich ab von der Art und Weise, wie Lebensqualität gespürt und sich durch individuelles und gemeinschaftliches Engagement beeinflussen lässt. Eine wesentliche Äußerung des Funktionalitätsbewusstseins ist die praktizierte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben der Kommune.

Das Funktionalitätsbewusstsein wird ausgeprägt durch die sozialen und politischen Erfahrungen in und mit multivalenten Kommunalstrukturen, die der Bedürfnisbefriedigung und der Selbstverwirklichung und Selbstdarstellung dienen. Von einer solchen Prämisse ausgehend, war es vor 1989 das Ziel, eben soweit wie möglich, alles in einer Kommune (unabhängig, ob es in der Multivalenz nötig war) bereitzuhalten.

An dieser von den Menschen selbst erlebten kommunalen multivalenten Angebotsstruktur orientiert sich heute wieder die kommunale Werteskala, die sowohl die materiellen Bedingungen als auch die emotionalen Faktoren zu einem Erlebnisurteil bündelt. Daraus resultierten auch die Erwartungshaltungen nach 1990, wie sie durch das Funktionalitätsbewusstsein der Menschen reflektiert wurden.

Entwicklung: Höherentwicklung und Weiterentwicklung

Höherentwicklung im gesellschaftlichen Sinne ist der qualitative Sprung von einer Stufe in eine höhere.

Weiterentwicklung im gesellschaftlichen Sinne ist die permanente politische Bewegung in den Grenzen des Vorgegebenen, des Bestehenden.

So kann und muss z.B. die Verwaltung technologisch weiterentwickelt werden, ohne dass sie dabei eine neue Qualität bezüglich ihres eigentlichen Verhältnisses zu ihren Objekten, die öffentlichen Beziehungen im Sinne der Menschen zu regeln und zu gestalten, erreicht. Die Verwaltungsgemeinschaften sind keine Höherentwicklung der kommunalen Selbstverwaltung, in ihrer strukturellen Bedingtheit, weil sie als gemeinsame Dienstleister ihrer Mitgliedskommunen keine eigenen politischen Entscheidungskompetenzen übertragen bekommen.

Gewaltenteilung

Zur Doktrin von der Gewaltenteilung aus materialistischer Sicht:

Ob absolutistische Monarchie, tyrannische Republik, wie die von Venedig, auf die sich z.B. Montesquieu beruft, unfehlbare Führerdiktaturen oder Parteidiktaturen,

die mit einer Unfehlbarkeitsdoktrin bzw. mit dem nicht nachgewiesenen Hinweis, „Volksparteien“ zu sein, ihre Regime begründen, sie alle wurden möglich, weil die Doktrin von der Gewaltenteilung nicht den Kern staatlicher Machtausübung traf, sondern lediglich als Organisationsprinzip zur verfassungsmäßigen Begründung von Machtstrukturen diente und offenbar auch in der Gegenwart der modernen Verfassungsgestaltung vom Prinzip her dient. Der Kern jeder Doktrin zur Begrenzung der Macht muss die Darstellung der unmittelbaren Demokratie als Funktion einer echten Volkssouveränität sein, weil hierin die größte Dimension in der Interessenübereinstimmung gegeben ist.

Politikverdrossenheit

„Politikverdrossenheit“ ist eine gesellschaftliche Erscheinung, die eine Reparatur innerhalb eines Gesellschaftssystems anmahnt und auch möglich macht, etwa vermittelt eines Politikwechsels durch Wahlen. Dem entgegen ist eine „Systemverdrossenheit“ prinzipieller Natur, die mit Wahlen und Politikwechsel allein nicht zu beheben ist. Symptom dafür ist die Verweigerung der Teilnahme am politischen Leben. Dieses Symptom mahnt die Überprüfung von politischen Grundlagen an.

Privilegien

Eine Erkenntnis, die Allgemeingültigkeit beansprucht:

Solange in Gesellschaften privat konsumierbare, materiell orientierte Lebensqualität als Funktion des Geldes realisiert werden muss, ist es möglich und allgemein anerkannt, über Privilegierungen von Personen bzw. Personengruppen, Interessen mit den Mitteln der Staatlichkeit durchzusetzen und die Privilegierung als Honorierung für Motivierung zur Unterwerfung der pragmatisch ausführend Handelnden der Verwaltung unter den politischen Willen der Personen, Personengruppen, die die Machtansprüche und Interessen formulieren und durch politisches Handeln umsetzen wollen, einzusetzen.

Privilegien haben stets das Ziel, zum Erhalt und Schutz bestehender politischer Verhältnisse und zur Loyalität gegenüber den Trägern der staatlichen Macht zu motivieren. Sie sind somit legalisiertes Instrument der Machtsicherung.

Prinzip der Korruption durch Privilegierung:

Was unterscheidet die „Korruption durch Privilegierung“ von den anderen Formen der Korruption? Es ist die einzige Art der Korruption, die nicht strafbar im juristischen Sinne ist. Sie wird unter Ausnutzung der Spielräume, die das Recht bietet, organisiert. Das Prinzip der „Korruption durch Privilegierung“ ist unter einigen Aspekten der „Pfründe-Wirtschaft“ und der „Privilegierung durch Zugehörigkeit“ darzustellen, die es ermöglichen, sowohl seine historische Bedeutung als auch seine Aktualität zu erfassen.

„Pfründe“

Pfründe sind Zuwendungen, mit denen besondere Motivationen für die Sicherung von Machtinteressen honoriert werden. Sie werden in erster Linie durch wertbeständige Geschenke, die den privaten Besitz erweitern, oder durch bestimmte Posten und Ämter, die dazu geeignet sind, den Privatbesitz zu erweitern, vergeben. Handelt es sich um Posten oder Ämter, so sind die durch Pfründe bedachten Personen nicht gezwungen, besondere Fachkompetenz nachzuweisen. Pfründe sind legal und gesetzlich zulässig erworbene Vorteilsnahmen.

„Region“, „Gebiet“ und „Raum“

Um den Stellenwert der Kommunen im Konstrukt föderativer Interessenwidersprüche deutlich machen zu können, bedarf es der Klärung der territorialen und sachlichen Bestimmungen und Bezugsebenen. Das wird besonders immer dann deutlich, wenn über solche brisanten Themen, wie eine Regionalplanung, ein Raumordnungsverfahren, über den Ausweis von Bebauungsgebieten, die Entwicklung urbaner Räume u.v.m. diskutiert und verbindliche Festlegungen getroffen werden sollen. Auf die territorialen Bestimmungen ist eingegangen. Die sachlichen Bezugsebenen lassen sich den beiden Gruppen zuordnen:

- der administrativen Bestimmung von Sachbezogenheiten (Schuleinzugsgebiete, Verwaltungsgemeinschaften, Polizeidirektionen, den territorial bezogenen gerichtlichen Zuständigkeiten wie Amtsgerichte, Landgerichte, Zuständigkeiten anderer Verwaltungsglieder, die nicht mit der vorgegebenen administrativen Struktur übereinstimmen, sondern territorial übergreifend organisiert sind, z.B. Katasterämter, Überwachungs- und Prüfbehörden, Aufsichtsbehörden usw.)
- den nicht administrativen Bestimmung von Sachbezogenheiten (in der Regel Vereine mit quasi verwaltungsorganisatorischen oder öffentlichen Aufgabenstellungen, wie die Tourismusvereine, Tierschutzvereine, Vereine, die privatrechtlich organisiert öffentliche Belange wahrnehmen, wie das Betreiben von Einrichtungen, die sonst direkt von den Kommunen vorgehalten werden müssten, z.B. Pflgeeinrichtungen, Gesundheitseinrichtungen, Kinderbetreuungseinrichtungen usw.)

Sozialität

Nach marxistischem Sozialverständnis ist Sozialität die Gesamtsituation aller sozialen Beziehungen, wie sie aus dem Arbeiten, dem Wohnen, dem Gemeinschaftsleben, der Kommunikation gestaltet werden. Somit ist Sozialität auch Gradmesser für den Zusammenhalt menschlicher Gemeinschaften bis hin zur Gesamtgesellschaft.

„innere Sozialität“ der Kommunen

Unter „innerer Sozialität“ einer Kommune ist ihr historisch gewachsener sozialer Zusammenhalt als Solidargemeinschaft zu verstehen. Die „innere“ Sozialität ist in der Masse der Kommunen Sachsen-Anhalts einem geldabhängigen Umwälzungsprozess mit der Zielrichtung „Von der Gemeinschaft zum Individualismus“ unterworfen. Diese Entwicklung bringt auch eine neue Werteskala bezüglich der Beurteilung der Beziehungen hervor.

Urbanisierung

Urbanisierung wird in verschiedenen Wörterbüchern mit „Verstädterung“ erklärt. Der diesem am nächsten angebotene Begriff „urban“ wird mit „Bildung, Weltgewandtheit, feine Lebensart, städtisch, höfisch, gebildet, fein“ unterlegt. Dem entsprechend lässt sich „Urbanisierung“ als der fortlaufende Prozess der Verstädterung begrifflich fassen. Es ist allerdings auch die Interpretation „suchen und leben nach den schönen Kriterien des menschlichen Lebens, des feinen Lebens also, möglich. In der Fortführung wird „Urbanisierung“ wertneutral im allgemeinen Sinne der territorialen Vergrößerung und der allseitigen Vervollkommnung der Kommunen, somit nicht gebunden an den Begriff „Stadt“, der ohnehin staatsrechtlich praktisch keine Relevanz hat, verwendet.

Der Begriff „Stadt“ ist historisch-traditionell als spezifische Bezeichnung einer „Gemeinde“ eingeführt worden.

Verharrensverhalten

Verharrensverhalten ist eine subjektive, durch die gesellschaftlichen Verhältnisse vermittelte Eigenschaft, in der alle jene Faktoren gebündelt werden, die die Mobilität der Menschen bestimmen. Solche Faktoren sind Wohnen, Arbeit, soziale und geistige Kommunikation, Charaktereigenschaften, politische Sensibilität, alle Möglichkeiten der Individualitätseinfaltung.

Verwaltung

Die Verwaltung im allgemeinen Sinne erfasst alle Aktivitäten, die auf der Grundlage und in Durchsetzung staatlicher und gesellschaftlicher Normierungen der öffentlichen Angelegenheiten, im Interesse der Gesellschaft und der Sicherung der individuellen Rechte mit Verbindlichkeit ausgestattet sein müssen. Diese Verbindlichkeit kann notfalls durch Zwang hergestellt werden, oder sie gibt die Rechtsgrundlage für verwaltungsgemäßes Handeln und die rechtlich abgesicherte Zielrichtung für begünstigtes Handeln Einzelner oder von Gruppen vor. Verwaltung ist qualifizierte, spezifische menschliche Arbeit, deren Inhalt darin besteht, das Verhältnis der ein-

zelen Glieder der Gesellschaft zum öffentlichen Eigentum, seiner Nutzung, Mehrung und Bewahrung, zu regeln. In diesem Sinne ist Verwaltung der menschlichen Gesellschaft immanent, d.h. sie ist für die menschliche Gesellschaft von existentieller Bedeutung. Mit „räumlich“ wird das Territorium, mit „sachlich“ die zur Verwaltung anstehenden Probleme und Gegebenheiten benannt.

Einige Begriffsbestimmungen zu den territorialen Gemeinschaften:

***Siedlungen**

Siedlungen sind grundlegende menschliche territoriale Gemeinschaftseinheiten, die das Wohnen mehrerer Personen, Personengruppen oder Familien in separaten Wohngrundstücken zum Ziel haben und dieses auch ermöglichen. Es muss eine zumindest auf diesen Zweck ausgerichtete minimale Infrastruktur vorhanden sein. In diesem Sinne sind Siedlungen zunächst einmal territoriale Gliederungen mit einfachen funktionalen Zweckbestimmungen.

***Ortschaften**

Ortschaften sind Besiedlungen mit einer über die Grundstruktur des Wohnens hinausgehende Infrastruktur, so der Versorgung, Einrichtungen des geistigen Lebens, der Freizeitgestaltung. Ihre territoriale Geschlossenheit hat einen größeren Ausprägungsgrad aufzuweisen, welcher von den regionalen Gegebenheiten und historischen Entwicklungen, insbesondere aber dem Sozialgefüge abhängig ist.

***Kommunen**

Kommunen sind Ortschaften, die verfassungsmäßig, unter Gesetzesvorbehalt stehend, alle Angelegenheiten des übertragenen und des eigenen Wirkungskreises nach den Möglichkeiten der kommunalen Selbstverwaltung in eigener Verantwortung und alleiniger Kompetenz regeln. Kraft Gesetzes sind zu den Organen der kommunalen Selbstverwaltung ein personifiziertes Oberhaupt und ein Rat bestimmt, die im Zusammenwirken die Satzungs-kompetenz wahrnehmen.

***Gemeinden**

Gemeinden sind Kommunen und in der Terminologie staats- und verwaltungsrechtlich gebräuchlich. „Stadt“ ist eine Bezeichnung für historisch begründete Privilegierungen von Gemeinden, die das „Stadtrecht“ erhalten haben.

***Kreise, Landkreise**

Kreise, Landkreise sind territoriale administrative Gebiete, in denen Siedlungen nach dem Gebot der Gebietshoheit verwaltet werden. Als untere staatliche Verwaltungsbehörden nehmen sie an der kommunalen Selbstverwaltung nach dem Delegierungsprinzip teil. Sie sind gegenüber den Kommunen Verwaltungsaufsicht. Die Kreise sind Gebietskörperschaften.

Verwaltungsreformen

Verwaltungsreformen sind allgemein Ausdruck der Entwicklungsbewegungen und als solche, unter Beachtung bestimmter Kriterien und politischer Zielvorgaben, unvermeidbar. Hauptkriterium ihres Sinns ist die Beantwortung der Frage nach dem Nutzen für die betroffenen Bürger. Reformen setzen einen bestimmten Entwicklungsstand der Verwaltung und Reifegrad ihrer Akzeptanz bei den Objekten der Verwaltung, den betroffenen Menschen, voraus.

Verwaltungsgemeinschaften

Verwaltungsgemeinschaften sind freiwillige und gleichberechtigte Zusammenschlüsse von Kommunen mit dem Ziel, durch eine gemeinsame Verwaltungsorganisation die kommunale Selbstverwaltung und die aus ihr entspringenden Verpflichtungen für das Gemeinwohl in den Kommunen durch die Bündelung der finanziellen und anderen territorialen Möglichkeiten im Sinne der durch Verwaltungseffizienz garantierten Bürgernähe weiterzuentwickeln.

Von ihrer Stellung her sind die Verwaltungsgemeinschaften Körperschaften des öffentlichen Rechts. Die Verwaltungsgemeinschaften erfüllen dann ihren Sinn, wenn sie dazu beitragen, Funktionalitätsbewusstsein, kommunales Selbstwertgefühl und interkommunale Solidarität so vereinigen zu können, dass daraus eine Höherentwicklung und nicht schlechthin eine Weiterentwicklung der kommunalen Selbstverwaltung resultiert.

*Kommunale Selbstverwaltung

Als spezifische Form der öffentlichen Verwaltung ist die kommunale Selbstverwaltung die Befähigung einer Kommune, nach den Maßgaben von höher gesetztem Recht, über die sie angehenden Belange selbst und ohne Einschränkungen durch direkte Bürgermitwirkung bzw. durch von den wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürgern der Kommune direkt gewählten Vertretungskörperschaften zu befinden und die Befindlichkeiten eigenverantwortlich durchzusetzen. Die kommunale Selbstverwaltung hat dabei einen räumlichen und einen sachlichen Geltungsbereich, den sie institutionell durch ihre Organe ausfüllt.

Vitalität

Unter Vitalität ist in der geisteswissenschaftlichen Terminologie materialistischer Positionsbestimmung die Gesamtheit und die Intensität der Bewegungen menschlichen Handelns als sozial, wirtschaftlich, geistig und politisch wahrnehmbare Äußerung zu verstehen. Sie ist somit Erscheinung und Reflexion der menschlichen Gesellschaft in ihrem Wesen, das durch Konkretheit nachvollziehbar wird.

Zur Bestimmung des Ausprägungsgrades der Vitalität, bezogen auf den Untersuchungsgegenstand, müssen solche Äußerungsformen herangezogen werden wie:

- die Intensität des Bewohnens eines abgegrenzten Areals,
- die Frequenz von Einrichtungen, Anlagen, geistigen Darstellungsformen und politischen Aktivitäten,
- die Nutzung der Kommunikationsmöglichkeiten,
- die physischen Bewegungen.

Diese und weitere Kriterien sind im Soll-Ist-Vergleich in eine aussagefähige Beziehung zu setzen, aus der der Grad der Vitalität hergeleitet werden kann.

„kommunalpolitisches forum“ Sachsen-Anhalt e.V.

Nachweis der hauptsächlichsten Quellen

Wahlberichterstattungen

Altmark-Zeitung
 Volksstimme Stendal
 Neues Deutschland
 Spiegel
 Die Zeit

Dokumente, Veröffentlichungen

Landtagsberichte zum Problem, veröffentlicht in Kommunalnachrichten des "kommunalpolitischen forums" S-A e.V., Magdeburg und den KNSA des Städte- und Gemeindebundes S-A

Publikationen der Fraktion der PDS im Landtag Brandenburg u.a.:

Studie „Kleine Gemeinden in Brandenburg“, Autoren Frank Berg u. Bärbel Möller
 „Wie groß müssen Gemeinden sein?“ Michael Schumann/H.-J. Schafenberg
 Die Entwürfe: „Stadt - Umland“ - Gesetz aus der Sicht der Umlandgemeinden, ersch. Im KF Sachsen e.V.

Eigene Publikationsliste

K.-D. Sprössel, Studien zum Komplex: „Kommunale Selbstverwaltung im Prozess der Verödung der Gesellschaft“, erschienen im "kommunalpolitischen forum" Magdeburg:

1. Verödung der Innenstädte als Symptom des Niedergangs der kommunalen Selbstverwaltung (1997)
2. Wohin tendieren die Verwaltungsgemeinschaften? (1997)
3. Welche Perspektiven haben die Kommunen unter 1 000 Einwohner ?
4. Welche Perspektiven haben die Kommunen unter 20 000 Einwohner?
5. Perspektiven und Chancen des Tourismus als Wirtschaftsfaktor für die Kommunen
6. Die Innenstädte im Wandel vom kommunalen Zentrum zum besonderen Erlebnisbereich
7. Zu den Chancen des Regionalismus für die Kommunen Sachsen-Anhalts im Konfliktfeld des föderativen Systems
8. Zu den Motivationen und zur emotionalen Situation bezüglich der Mitwirkung der Bürger bei der Gestaltung der kommunalen Selbstverwaltung
9. Zu den Entscheidungs- Handlungs- und Gestaltungsräumen der kommunalen Räte
10. Zum Einfluss von Bürgerbewegungen auf die Entscheidungs- Handlungs- und Gestaltungsräume der Kommunen
11. Zu den Faktoren des emotional-moralischen Zusammenhalts des kommunalen Gemeinwesens
12. Kommunale Zustände und Entwicklungen im Spiegel von Wahlen

sowie 142 eigene Pressebeiträge (1994-1999)